

V0753/25

Dringlichkeitsantrag 10: Wildtierpark

- Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 27.10.2025 -

Antrag:

Der sog. Wildpark bleibt geöffnet.

Die aktuellen Sach- und Betriebskosten in Höhe von circa 150.000€ jährlich sollen durch die Vermietung des Namensrechts „Wildpark Ingolstadt – Am Baggersee“ an die Stadtwerke Ingolstadt erwirtschaftet werden.

Die Vertreter der Stadt Ingolstadt im Aufsichtsrat der Stadtwerke werden ersucht, durch einen entsprechenden Beschluss / Vertrag darauf hinzuwirken.

Stadtrat	30.10.2025	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 30.10.2025

Die geplante Vorgehensweise zur Behandlung dieses TOPs sei, die Optionen Schritt für Schritt zu behandeln, so Oberbürgermeister Dr. Kern.

Stadtrat Köhler weist auf den Hinweis von Oberbürgermeister Dr. Kern, die Einnahmeseite auch in Betracht zu ziehen und bittet um Informationen zum geplanten Zeitplan. Weiter verweist er auf den Antrag seiner Fraktion zur Gewerbesteuererhöhung und fragt nach, bis wann eine Behandlung geplant sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern verweist auf die Absprache mit der Regierung von Oberbayern hinsichtlich der Finanzsituation. Die Aufsicht der Regierung habe auch erkannt, dass man sich mit den Einnahmesätzen befassen müsse. Oberbürgermeister Dr. Kern finde den Ansatz richtig, dass die Stadt in Vorleistung gehen müsse. Seines Erachtens müsse zuerst die Stadt Einsparungen leisten, ehe man die Bürgerschaft mit einbeziehe.

Frau Wendl verweist auf das letzte Gespräch mit der Regierung von Oberbayern zur Frage der Antragsstellung für die Bedarfszuweisungen. Zu diesem wichtigen Bestandteil seien noch einige Detailpunkte zu klären. Nach Klärung dessen könne die Erwartungshaltung der Regierung in die Entscheidungsfindung mit einfließen. Frau Wendl sichert für den nächsten Sitzungslauf konkrete Informationen für den Gewerbesteuerantrag zu.

Stadtrat Wöhrl verweist auf den Wegfall des Blaulichtempfangs. Er bitte diesen nicht komplett zu streichen. Die Verwaltung solle Vorschläge erarbeiten, diesen evtl. in einem dreijährigen Rhythmus stattfinden zu lassen. Dasselbe betreffe auch den Ehrenamtsempfang. Seines Erachtens seien dies wichtige Themen, die trotz des Sparens, in einem anderen Rhythmus stattfinden sollen.

In Anbetracht der Zeiten der Bedrohung sei der Katastrophenschutz und die innere Sicherheit von größter Bedeutung. Oberbürgermeister Dr. Kern betont, dass man die Blaulichtorganisationen immer stärker benötige. Insofern werde er diese Option von der Liste streichen. Er merkt aber zugleich an, dass dies nicht bei allen Optionen möglich sei.

Stadtrat Dr. Spaeth weist darauf hin, dass man heute nicht über die erste Sparrunde spreche. Die Einschnitte werden immer gravierender und insofern unterstreiche er die Aussage von Stadtrat Köhler und bittet darum dies in der nächsten Sitzung zu behandeln. Zum Blaulichtempfang merkt er an, dass er dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zustimme, da er dies für wichtig halte. Seines Erachtens müsse dies nicht jährlich stattfinden. Sein Vorschlag sei ein jährlicher Wechsel mit dem Ehrenamtlichen.

Stadtrat Witty verweist auf die verschiedenen Dringlichkeitsanträge zu den Einsparungsvorschlägen. Er respektiere das Votum des Gremiums heute nicht darüber zu beraten. Stadtrat Witty bittet um Information in welcher Höhe Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen werden müssen. Für ihn sei es ein Unding sich in diesem nebulösen Raum zu bewegen, wenn nicht bekannt sei in welchem Rahmen Einsparungen erfolgen sollen. Wenn bekannt sei, um wieviel es sich handelt, können seines Erachtens Abwägungen getroffen werden, ob man sich dafür oder dagegen ausspreche. Weiter spricht er sich auch gegen die Streichung des Blaulichtempfangs aus. An Oberbürgermeister Dr. Kern gewandt bittet er um eine konkrete Aussage dazu, welche Optionen er von der Liste streichen wolle.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass vieles diskutiert werden müsse. Es müsse relativ viel eingespart werden und man sei noch in einem Bereich, wo man noch alles sparen könne. Hierzu verweist er auf den Baubereich, der andere Sparvolumina habe. Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass er die Option Wildpark auch von der Liste streiche.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass der Wildpark sowohl in der Bürgerschaft als auch in der Politik viele begeisterte Anhänger habe. Zudem sei der Wildpark im Verhältnis zu anderen Einrichtungen der Stadt Ingolstadt relativ kostengünstig. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll nimmt aus der heutigen Stadtratssitzung den Auftrag mit, beim Wildpark noch einmal über die Kostenstruktur und über mögliche Einsparungen nachzudenken. Darüber hinaus würde sie es begrüßen, wenn an dieser Stelle auch das bürgerschaftliche Engagement beispielweise in Form eines Freundeskreises bedacht werden könnte. Insofern würde es Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll willkommen heißen, wenn der Wildpark als Freizeitangebot für die in Ingolstadt lebenden Familien aufrechterhalten werden könnte.

Stadtrat Witty möchte in Erfahrung bringen, welche konkrete Summe das Sparvolumen umfasse.

Frau Wendl erläutert, dass die vorliegende Beschlussvorlage V0746/25 thematisch noch zur zweiten Konsolidierungsrunde gehöre. Als der zweite Konsolidierungsgrundsatzbeschluss aufgesetzt worden sei, ging die Stadtverwaltung damals noch von einem jährlichen Einsparvolumen in Höhe von 30 Millionen Euro aus. Auf dieses damalige Einsparvolumen zahle die vorliegende Beschlussvorlage in erster Linie ein, so Frau Wendl. In der Zwischenzeit habe die Stadtverwaltung einen ersten Entwurf der Finanzplanung für die Jahre 2026 bis 2029 erstellt. Hierbei habe sich herausgestellt, dass sich das Einsparvolumen noch einmal deutlich vergrößert, da man für diesen Zeitraum von einem jährlichen Defizit in Höhe von 88 Millionen Euro spreche. Insofern benötige man eine neue Konzeption, wie man diese Größenordnung erreichen und welchen Anteil an Einnahmenerhöhung man vorschlagen

könne. Die Stadtverwaltung plane, diese Konzeption dem Stadtrat zumindest in den Grundzügen mit dem Haushaltsbeschluss für das Jahr 2026 vorzulegen. Grundsätzlich könne man beim Sparvolumen aktuell keine abschließende Summe benennen, da jede Veränderung in den Ausgabe- und Einnahmepositionen der Stadt Ingolstadt das Einsparvolumen verändere. Eigentlich müsste das Einsparvolumen auch etwas größer als die jährliche Unterdeckung in Höhe von 88 Millionen Euro sein, da man einen leichten Überschuss erzielen müsste. Deshalb habe die Stadtverwaltung dem Stadtrat im zweiten Konsolidierungsgrundsatzbeschluss zugesichert, dass man die Lage im Blick behalte und bei auftretenden Veränderungen das Gremium unverzüglich darüber informiere.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erinnert daran, dass man die Vorstellung gehabt habe, über die Aufgabenkritik eine Einsparsumme in Höhe von 10 bis 20 Millionen Euro zu erreichen. Das jetzige Einsparvolumen zeige, dass man sich als Stadtverwaltung hierbei sehr schwertut. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass die Finanzlage der Stadt Ingolstadt seit dem Frühjahr 2025 noch einmal dramatischer geworden sei. Angesichts dessen müsse man ihrer Ansicht nach nun ohne Obergrenze sparen. Deshalb werde dies auch nicht die letzte Sparrunde gewesen sein. Nichtsdestotrotz müsse man nun mit Augenmaß durch die in der vorliegenden Beschlussvorlage V0746/2 aufgelisteten Einsparoptionen gehen, um keine Strukturen zu zerschlagen.

Verwaltungsintern sei man im vergangenen Halbjahr mit dem großen Votum aufgetreten, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde, schildert Bürgermeisterin Kleine. Sie halte dieses Votum nach wie vor für richtig, weshalb man auch weiterhin daran festhalten und über Fluktuation und andere Maßnahmen den Personalkörper der Stadtverwaltung schrittweise reduzieren sollte. Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass aufgrund der Entscheidungen innerhalb der letzten Monate allerdings auch Effekte eingetreten seien, die längts Substanzen, Arbeitsplätze und Professionalität zerstört haben. Hierbei verweist sie auf den für das nächste Jahr angekündigten Personalabbau der Kinder- und Jugendkunstschule sowie an die Situation beim Berufsverband Bildender Künstler. Bürgermeisterin Kleine moniert, dass weder in der Referentenrunde noch in irgendeinem Gremium des Stadtrates eine ausführliche Diskussion über die Auswirkungen der Sparvorgaben stattgefunden habe. Während man in der heutigen Sitzung des Stadtrates eine geordnete Liste vorliegen habe, seien bereits in den vergangenen Wochen und Monaten Entscheidungen getroffen worden, die durchaus einen Einfluss auf Stellen außerhalb der Stadtverwaltung haben. Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass beispielsweise die bereits erfolgte Reduzierung der Verhütungsmittel für Familien dem Beirat für Gleichstellungsfragen vorher überhaupt nicht bekannt gewesen sei. Allerdings seien die weiteren Gremien der Stadt Ingolstadt doch dafür da, dass die Fachreferenten entsprechende Entscheidungen, die mehrere Bereiche betreffen, vor einer Beschlussfassung im Stadtrat zur Beratung in die jeweiligen Gremien einbringen. Darüber hinaus fehlen Bürgermeisterin Kleine auch die Diskussionen und die Informationen darüber, was konkret im Kulturbereich geschehe. Es könne nicht sein, dass man bei wesentlichen Strukturveränderungen innerhalb der Stadt Ingolstadt nicht über deren Auswirkungen Bescheid wisse. Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass man verschiedene Vorgänge habe, wie man konsolidiere und spare. Dabei lege die Stadt Ingolstadt selbst fest, was man an welcher Stelle einspare. Jedoch müsse man nachweisbar sparen und einen deutlichen Spareffekt haben. Das Petitum von Bürgermeisterin Kleine sei schon seit einiger Zeit gewesen, sich zu überlegen, was der Stadt Ingolstadt wichtig sei. Irgendwann müsse man allerdings in eine Gleichberechtigung der Einsparvorschläge komme. Zusätzlich benötige man auch eine gleiche Intensität bei der Aufmerksamkeit für die Folgewirkungen der jeweiligen Einsparmaßnahmen, so Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Dr. Lösel weist darauf hin, dass man immer über die nun so starken Steuerrückgänge diskutiere. Wenn man sich allerdings das von der Stadtverwaltung veröffentlichte Gelbe Papier genauer ansehe, dann könne man feststellen, dass man im Jahr 2025 deutlich mehr Einnahmen habe als im Jahr 2020. Konkret bedeute dies, dass die die Stadt Ingolstadt im Jahr 2025 trotz der nun angekündigten Steuerrückgänge immer noch etwa 30 Millionen Euro mehr an Einnahmen habe. Dieses Thema müsse man schon auch berücksichtigen, betont Stadtrat Dr. Lösel. Im gleichen Zusammenhang werde auch immer erwähnt, ob man nicht die Grundsteuerhebesätze erhöhen sollte. Die Grundsteuerhebesätze der Stadt Ingolstadt seien im Vergleich zu den jeweiligen Vergleichsstädten tatsächlich etwas niedriger. Allerdings müsse man dazu sagen, dass das Aufkommen der Grundsteuer pro Kopf im letzten Jahr im Vergleich zu den Vergleichsstädten im Schnitt höher ausgefallen sei. Von daher sollte man beim Thema der Grundsteuerhebesätze immer aufpassen, da aufgrund der niedrigeren Hebesatzhöhe in Ingolstadt schnell nur auf den Hebesatz reflektiert werde. Jedoch sei dieses Thema sehr viel komplizierter zu berechnen, erklärt Stadtrat Dr. Lösel. Man müsse zunächst abwarten, bis das Bayerische Landesamt für Statistik im nächsten Frühjahr die neuen Statistiken vorlege. Anhand dieser könne man dann neutral herausfiltern, wie sich die Grundsteuer pro Kopf entsprechend entwickelt habe. Des Weiteren sei es vollkommen klar, dass man sicherlich auch an den Einnahmen arbeiten müsse. Jedoch müsse man auch darauf hinweisen, dass die Ausgaben in den letzten Jahren sehr stark gestiegen seien. Stadtrat Dr. Lösel teilt mit, dass der Haushalt im Jahr 2020 noch etwa 540 Millionen Euro umfasst habe. Im Jahr 2023 habe das Haushaltsvolumen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt bereits über 200 Millionen Euro höher gelegen. Zwar gebe es natürlich Verschiebungen zwischen dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, allerdings müsse man dabei auch noch einmal sehr stark auf die Zahlenbasis schauen. Insofern handle es sich hier nicht nur um ein Thema der Einnahmen, sondern hauptsächlich um ein Thema der Ausgaben. Wenn man in der derzeitigen Wirtschaftslage auch noch fordere, die eine oder andere Steuer wie beispielsweise im Bereich der Gewerbesteuer zu erhöhen, dann würde dies der Stadt Ingolstadt relativ wenig bringen, den Bürger dafür aber mehr belasten. Deshalb müsse der Hauptfokus auf dem Thema der Ausgaben liegen, betont Stadtrat Dr. Lösel. Lediglich die Einnahmen in einem diskutieren Umfang von mehreren 10 Millionen Euro nach oben zu treiben, würde nur die Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft noch einmal zusätzlich belasten. Und dies vor dem Hintergrund, dass man einen Haushalt habe, der natürlich nun etwas mehr unter Druck stehe, aber im Großen und Ganzen immer noch nicht wesentlich schlechter sei als der Haushalt aus dem Jahr 2020.

Stadtrat Stachel ist der Ansicht, dass der Stadtrat mit der heutigen Diskussion über die vorliegende Sparliste deutlich mehr zu tun habe, als nur über Zahlen zu sprechen. In der heutigen Debatte sei es entscheidend, dass man die Dinge einmal benenne. Gleichzeitig müsse man der Ingolstädter Bürgerschaft die klare Mitteilung gebe, wie es um die Stadt Ingolstadt stehe und welche Maßnahmen man ergreifen möchte, um aus dieser Misere wieder herauszukommen. Stadtrat Stachel betont, dass die Mitglieder des Stadtrates dem Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Kommunalwahl in sie gesetzt haben, gerecht werden müssen. Deshalb sei es erforderlich, sehr wirtschaftlich und rational mit den Themen umzugehen, die die Finanzlage der Stadt Ingolstadt betreffen. Die Aufstellung einer Sparliste sei mit Sicherheit nicht die Lieblingstätigkeit eines Oberbürgermeisters, eines Stadtrates oder einer Stadtverwaltung. Jedoch sei es die Aufgabe dieser drei Akteure dies zu tun, da die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, an welcher Stelle und in welchem Umfang man sparen möchte. Aus diesem Grund bittet Stadtrat Stachel darum, sich in der heutigen Debatte nicht in Allgemeindiskussionen zu

verlieren, sondern relativ nah an der vorliegenden Sparliste zu diskutieren. Zumal er sich sicher sei, dass dies nicht die letzte Sparliste sein werde, die dem Stadtrat vorgelegt werde. Deshalb regt Stadtrat Stachel an, eine Einsparoption nach der anderen aus der vorliegenden Liste zu diskutieren. Darüber hinaus werde er den Eindruck nicht los, dass Bürgermeisterin Kleine zu wenig in die Gespräche zur Vorbereitung dieser Sparliste eingebunden worden sei. Dass dieser Aspekt nun in der heutigen Stadtratssitzung aufkomme, irritiere Stadtrat Stachel etwas, da im Vorfeld genügend Zeit bestanden habe, um entsprechende Gespräche zu führen. Hierbei weist er darauf hin, dass auch die Stadtratsfraktionen immer wieder die Möglichkeit anbieten würden, Gespräche zu führen. Von daher ist er der Meinung, dass es mehr als notwendig sei, in Zukunft eine solche Kommunikation besser zu pflegen.

Bürgermeisterin Kleine stellt klar, dass es ihr darum gehe, von Anfang an diejenigen in die Haushaltskonsolidierung einzubinden, die davon betroffen werden und nicht in der Stadtverwaltung sitzen. Diese Einbindung sei ihr in den letzten Wochen und Monaten zu wenig praktiziert worden, sodass sie diesen Aspekt auch schon öfter moniert habe.

Stadtrat Schäuble äußert seine Irritation über die Klarstellung von Bürgermeisterin Kleine, dass nicht über die Konsequenzen der Sparmaßnahmen beraten worden sei. Im Vorfeld zur heutigen Stadtratssitzung habe man allerdings sehr viel und maßgeblich über die Auswirkungen der Sparbeschlüsse beraten. Wenn der Stadtrat generelle finanzielle Kürzungen vorgebe, sei es eine Sache der laufenden Verwaltung, hierzu entsprechende Entscheidungen hinsichtlich Sparmaßnahmen zu treffen. Stadtrat Schäuble erachtet es für richtig, dass die Stadtverwaltung handlungsfähig bleibe und Entscheidungen treffe. Wenn die Stadtverwaltung dem Stadtrat aufgrund von beschlossenen Budgetkürzungen jedes einzelne Verwaltungshandeln vorgelegen müsste, erhalte man kein bürokratisches Sparen, sondern erschaffe ein bürokratisches Monstrum. Da Stadtrat Schäuble ein großes Vertrauen in die Stadtverwaltung besitze, traue er ihr auch zu, dass sie durch ihr Verwaltungshandeln sinnvolle Sparbeschlüsse schaffe. Nichtsdestotrotz müsse allerdings eine gewisse Verlässlichkeit gegenüber den Partnern gegeben sei, betont Stadtrat Schäuble.

Stadtrat Meier mahnt, dass man sich an manchen Stellen nicht kaputtspare. Zudem dürfe man nicht dort einsparen, wo es keine große Lobby gebe und sich niemand beim Zerschlagen von Strukturen rühre. Auf der anderen Seite müsse man aber natürlich auch sinnvoll investieren, erklärt Stadtrat Meier. Dies könne man allerdings nur, wenn man Sparmaßnahmen umsetze und Einnahmen erhöhe. Darüber hinaus müsse sich Ingolstadt von der wirtschaftlichen Monostruktur der Automobilindustrie lösen. Aber auch bei der Einnahmensituation müsse man eine Transformation entwickeln. Hierbei sollte man beispielsweise der Kultur, den Tourismus und der Forschung im Technologie- sowie Innovationsbereich in Ingolstadt einen höheren Stellenwert einräumen. Stadtrat Meier berichtet, dass man sich bisher hauptsächlich auf die Gewerbesteuer konzentriert habe. Dabei sei die Gewerbesteuer in Ingolstadt bisher einseitig auf die Automobilindustrie ausgerichtet gewesen. Nun bestehe bei der Gewerbesteuer das Problem, dass es bei der AUDI AG zu einem Totalausfall dieser Steuereinnahme komme. Aufgrund der derzeitigen Entwicklungen in der Automobilindustrie, könne man von dieser Branche in der nächsten Zukunft hinsichtlich der Gewerbesteuerleistung auch nicht mehr viel erwarten. Für Stadtrat Meier sei deshalb die Grundsteuer im Vergleich zur Gewerbesteuer berechenbarer. Dabei treffe die Grundsteuer gerecht jemanden, der viel Fläche verbraucht. Die Grundsteuer beinhalte auch ein ökologisches Thema, da man mit ihr vielleicht auch die Bodenversiegelung etwas eindämmen könnte. Zumal es bei dieser Steuer auch entsprechende Abschläge für denkmalgeschützte Häuser oder auch für den sozialen

Wohnungsbau gebe. Von daher sei die Grundsteuer verlässlicher. Zumal sie auch die Mieter tatsächlich relativ wenig treffe, so Stadtrat Meier.

Stadtrat Köstler erwähnt, dass es aktuell an einer klaren Zielorientierung fehle, da man nicht wisse, wie viel man sparen solle und wo die Spargrenze liege. Zumal vorhin von der Leiterin der Kämmerei klar kommuniziert worden sei, dass man diese Grenze nicht kenne. Von daher sei es schwer zu eruieren, was beim Sparen das richtige Limit sei. Des Weiteren habe man in der heutigen Sitzung erfahren, dass der Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 demnächst in den Stadtrat zur Beratung eingereicht werden solle. Hierzu möchte Stadtrat Köstler in Erfahrung bringen, wann dieser Entwurf dem Stadtrat konkret vorgelegt werde. Dabei würde ihn außerdem interessieren, wie hoch der Sparbedarf für das kommende Jahr sein werde. Insofern sei es schwierig einzuschätzen, wie viel man wirklich sparen müsse und wo die Schmerzgrenze der Stadt Ingolstadt hinsichtlich der Zinsbelastung liege. Die ÖDP-Stadtratsgruppe befürworte grundsätzlich eine Erhöhung der Grundsteuer, teilt Stadtrat Köstler mit. Von Stadtrat Dr. Lösel habe man vorhin erfahren, dass man in Ingolstadt mehr Grundsteuer pro Kopf zahle als in vergleichbaren Städten. Dieser Aspekt sei nach der Ansicht von Stadtrat Köstler gut für die Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger, da dies bedeute, dass sie auch viel mehr Immobilien besitzen als die Bevölkerung in den Vergleichsstädten.

Oberbürgermeister Dr. Kern wirft ein, dass das Sparvolumen nach oben hin grenzenlos sei.

Frau Wendl teilt mit, dass man in der vergangenen Woche intensiv geprüft habe, welche Bestandteile für die Vorlage des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2026 noch fehlen würden. Hierzu hat sie die Rückmeldung erhalten, dass man den Haushalt für das Jahr 2026 voraussichtlich im Februar 2026 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorlegen könne. Zum Thema Grundsteuer führt Frau Wendl aus, dass dem Finanzreferat verschiedene Auswertungen zur Grundsteuer für das Jahr 2024, das noch nicht von der Grundsteuerreform betroffen gewesen sei, vorliege. Diese Auswertungen möchte man zusammen mit einer Neuberechnung der Auswirkungen der Grundsteueränderungen dem Stadtrat noch einmal zur Kenntnis vorlegen. Zudem aktualisiere man alle Kennzahlen mit dem Blick auf die Grundsteuerreform.

Einsparoption E01 - Schließung von Kantinen

Herr von der Grün führt zur Einsparoption E01 aus, dass der Arbeitgeber bzw. der Dienstherr keine Verpflichtung besitze, für die Beschäftigten Kantinen vorzuhalten. Jedoch sei er dazu verpflichtet, adäquate Sozialräume für die Beschäftigten vorzuhalten. Dabei müssen diese Räume vom Büro abgeschirmt sein und Geräte vorhalten, mit denen man Speisen kühlen und erwärmen könne. Wenn die Kantinen wegfallen würden, hätte die Stadt Ingolstadt somit auf der anderen Seite wieder Ausgaben. Nach der vorliegenden Beschlussvorlage wären diese zusätzlichen Kosten entsprechend gegenzurechnen. Herr von der Grün ist der Meinung, dass dabei ein Nullsummenspiel herauskommen würde. Darüber hinaus handle es sich bei den Kantinen im Technischen und Sozialen Rathaus für die Beschäftigten um soziale Treffpunkte. Es sei wichtig, dass sich die Beschäftigten außerhalb der Büros in einem vertrauenswürdigen Raum unterhalten können, in dem kein Parteiverkehr mithören und in dem man auch einmal über Dinge sprechen könne, die nichts mit dem Dienst zu tun haben. Dies könne man allerdings nicht in Büros und auch nicht in kleinen Einheiten wie Pausenräumen gewährleisten, erklärt Herr von der Grün. Deshalb richtet er die Bitte an den

Stadtrat, sich diese Einsparoption E01 noch einmal zu überlegen und die Kantinen im Technischen und Sozialen Rathaus zu belassen.

Herr Kuch führt aus, dass es bei der Einsparoption E01 nicht darum gehe, die Kantinen ersatzlos zu schließen. Vielmehr möchte man ein Konzept finden, bei dem ein externer Träger den Betrieb der Kantinen übernehme. Herr Kuch bittet bei diesem Thema um Geduld, da man verwaltungsintern die entsprechenden Gespräche hierzu erst noch führen müsse. Deshalb sei es ihm wichtig, dass die Einsparoption E01 in der heutigen Beschlussfassung enthalten bleibe. Darüber hinaus berichtet Herr Kuch, dass man in der letzten Personalversammlung ein Konzept vorgestellt habe, mit dem die Stadt Ingolstadt im Rahmen der Büroflächenkonsolidierung über ein Desksharing-Modell den Bestand an Büroimmobilien deutlich senken möchte. Ein Teil der dadurch eingesparten Flächen könnte dann beispielsweise für Aufenthaltsflächen oder Teeküchen verwendet werden. Herr Kuch regt an, dass man die Einsparoption E01 auch noch einmal in einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung umwandeln könnte.

*Abstimmung über die Einsparoption **E01 - Schließung von Kantinen:***

Mit Mehrheit der Stimmen:

Die Einsparoption wird zurückgestellt, mit der Maßgabe, dass hinsichtlich eines neuen Konzepts für die städtischen Kantinen weitere Gespräche geführt werden.

Einsparoption E02 - Wegfall des Blaulichtempfangs

Stadtrat Stachel führt aus, dass er nichts davon halte, den Blaulichtempfang beispielsweise nur noch alle drei Jahre auszurichten. Seiner Ansicht nach sollte man stattdessen versuchen, den Empfang bestmöglich und kostengünstig zu erhalten. Seine Gespräche mit den Mitgliedern der Blaulichtfamilie seien davon geprägt gewesen, dass nicht die Maß Bier oder die Brotzeit im Mittelpunkt beim Blaulichtempfang stehen, sondern vielmehr das Zusammenkommen und der Austausch zwischen den Organisationen. Jedoch handle es sich vor allem bei den Speisen und Getränke um die Kostentreiber bei diesem Empfang, erläutert Stadtrat Stachel. Von daher hätte man beim Blaulichtempfang mehr gewonnen, wenn man sagt, dass die Teilnehmer zum Beispiel selbst für die Verpflegung aufkommen, anstatt den Turnus für den Empfang auf drei Jahre zu setzen. Vielleicht könnte man mit einer solchen Regelung auch den Einladungskreis für den Blaulichtempfang etwas ausweiten, da es so keine finanzielle Begrenzung beim Empfang geben würde.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass er es auch für richtig halte, den Blaulichtempfang zu erhalten. Hierzu würde er sich von Seiten der Stadtverwaltung kreative Vorschläge wünschen, wie man den Empfang in einem geänderten sowie günstigeren Rahmen durchführen könne. An dieser Stelle möchte er allerdings positiv hervorheben, dass das Hauptamt der Stadt Ingolstadt den Rahmen des Blaulichtempfangs bereits angepasst habe. So finde der Empfang im Vergleich zu Früher nun in einem geselligen und gleichzeitig kostensparenderen Rahmen statt. Insofern sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Stadtverwaltung hierbei in den letzten Jahren bereits sehr gut gearbeitet habe.

Stadträtin Peters geht es darum, das Ehrenamt zu stärken. Nichts sei für eine Stadt wichtiger als das Ehrenamt, da dieses eine Kommune zusammenhalte. Gerade in der aktuellen

Situation, in der sich die Stadt Ingolstadt befinde, sei nichts wertvoller als das Ehrenamt. Stadträtin Peters regt an, zusammen mit dem Freiwilligenzentrum Ingolstadt ein grundsätzliches Konzept für das gesamte Ehrenamt in Ingolstadt zu entwickeln. Dabei könnte man das Angebot an die Ehrenamtlichen vielleicht noch interessanter gestalten. Stadträtin Peters ist der Ansicht, dass es in diesem Bereich viele Möglichkeiten gebe, die Wertschätzung der Stadt gegenüber den Ehrenamtlichen auszudrücken, ohne dabei viel Geld in die Hand nehmen zu müssen.

Die Einsparoption wird zurückgestellt mit der Maßgabe, dass noch einmal geprüft wird, den Blaulichtempfang in einem kostengünstigeren Rahmen fortzuführen.

Einsparoption E03 - Aussetzung des Ingolstädter Krippenwegs

Stadtrat Dr. Schickel teilt mit, dass bereits erste Gespräche auf ehrenamtlicher Basis geführt werden, wie man den Ingolstädter Krippenweg trotzdem zukünftig erhalten könne. Mit dieser Information könne man zur Abwechslung auch einmal ein positives Zeichen in die Ingolstädter Bürgerschaft senden. Insofern sollte man nicht immer nur Probleme suchen, sondern vielleicht auch einmal Lösungen finden.

Stadtrat Lipp führt aus, dass er die ersten Gespräche zur Fortführung des Ingolstädter Krippenwegs auf ehrenamtlicher Basis begrüße. Zumal er der Meinung sei, dass man den Ingolstädter Krippenweg nicht einsparen dürfe. Sofern er trotzdem eingespart werde, sollte man dies durch ehrenamtliches Engagement ersetzen.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E04 - Verschiebung der ISMS-Zertifizierungen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E05 - Reduktion von Awareness-Maßnahmen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E06 - Einstellung kostenpflichtige Schulungsplattform

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E07 - Verzicht Fortführung des Audits berufundfamilie

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E08 - Schließung des Wildparks

Stadtrat Schäuble betont, dass sich auch die Ausschussgemeinschaft FDP/JU dafür ausspreche, den Wildpark nicht zu schließen. Hierzu hätte man auch schon einen konkreten Gegenfinanzierungsvorschlag, bei dem die Töchtergesellschaften der Stadt Ingolstadt im Wildpark entsprechende Werbung schalten könnten.

Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass sich auch die SPD-Stadtratsfraktion gegen eine Schließung des Wildparks ausspreche. Vielleicht könne man die Finanzierung des Wildparks oder auch die von anderen auf der Liste stehenden Einsparoptionen durch Spenden oder andere Dinge sicherstellen.

Stadtrat Lipp weist darauf hin, dass die AfD-Stadtratsfraktion als einzige Stadtratsfraktion einen Antrag zur Einsparoption E08 – Schließung des Wildparks eingebracht habe. Es sei zwar gut, dass viele Parteien hierzu etwas auf ihren Homepages veröffentlicht haben, allerdings sei es seiner Ansicht nach wichtiger, anstelle bloßer Worte hier zu handeln. Des Weiteren zeigt sich Stadtrat Lipp damit einverstanden, dass der vorliegende Antrag der AfD-Stadtratsfraktion aufgrund der Zurückstellung der Einsparoption E08 von der Tagesordnung genommen werde.

Die Einsparoption wird zurückgestellt mit der Maßgabe, dass beim Wildpark anstatt einer Schließung noch einmal die Kostenstruktur und mögliche Einsparungen geprüft werden.

Einsparoption E09 - Wegfall der Sportlerehrungen

Stadtrat Schäuble bittet darum, eine kreative Lösung zu finden, um die reine Ehrung der Sportlerinnen und Sportler aufrecht zu erhalten. Die Ehrungen müsse sicherlich nicht in dem bisherigen Kostenrahmen erfolgen. Einen kompletten Entfall der Sportlerehrungen hält Stadtrat Schäuble für falsch, da es sich hierbei für die Sportlerinnen und Sportler eine schöne Erinnerung handle.

Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass sich auch die SPD-Stadtratsfraktion gegen den Wegfall der Sportlerehrungen ausspreche.

Die Einsparoption wird zurückgestellt mit der Maßgabe, dass noch einmal geprüft wird, die Sportlerehrungen in einem kostengünstigeren Rahmen weiterzuführen.

Einsparoption E10 - Wegfall der Sportbegegnungen mit Partnerstädten

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E11 - Verzicht auf Fachliteratur

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E12 - Verzicht auf Fachliteratur

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E13 - Reduzierung Sachverständigenkosten

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E14 - Zusammenlegung der beiden Stabsstellen Klima und Nachhaltigkeit

Stadtrat Lipp führt aus, dass er die Zusammenlegung der beiden Stabsstellen Klima und Nachhaltigkeit grundsätzlich begrüße. Seiner Ansicht nach sei der hierzu vorliegende Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion der weitreichendere Antrag gewesen. Deshalb versteht Stadtrat Lipp nicht, dass dieser Dringlichkeitsantrag nicht zusammen mit dieser Einsparoption in der heutigen Stadtratssitzung behandelt werde. Anscheinend sei eine Einsparung dieser beiden Stellen von der Mehrheit des Stadtrates nicht erwünscht.

Herr Huber erklärt, dass man die Zusammenlegung der beiden Stabsstellen Klima und Nachhaltigkeit schon längerfristig eingeplant habe und deshalb auch schon dafür die entsprechenden Strukturen bereitgelegt worden seien. Nach Ansicht der Stadtverwaltung sei damit der Rationalisierung Rechnung getragen worden. Darüber hinaus sei es eine Mehrheitsentscheidung, wenn der Stadtrat die Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrags der AfD-Stadtratsfraktion ablehne.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass die Dringlichkeitsanträge der AfD-Stadtratsfraktion durch die Aberkennung der Dringlichkeit durch den Stadtrat als Sachanträge nach § 48 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt

weiterlaufen und innerhalb der in der Geschäftsordnung festgesetzten Frist beantwortet werden müssen.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E15 - Reduktion von Klimakommunikation

Stadtrat Schäuble möchte zu den Einsparoptionen E15 und E18 in Erfahrung bringen, wie hoch die jeweils verbleibenden Kosten bei der Klimakommunikation und des Klimaladens ausfallen werden.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass die Finanzmittel für die Klimakommunikation im Jahr 2026 nach der vorliegenden Reduktion noch 20.000 Euro betragen werden. Diese verbleibenden Finanzmittel werden allerdings nicht dafür verwendet, um die Klimakampagne weiterzubetreiben. Bürgermeisterin Kleine schildert, dass bei der kommunalen Wärmeplanung der Schwerpunkt nicht nur auf der Investitionstätigkeit der Stadtwerke Ingolstadt liege, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürger. Hierzu starte zum Jahresende die Energieberatung für die Bevölkerung der Stadt Ingolstadt. Um die Beratung zu intensivieren und die Energiekarawanen zu zentralisieren, benötige man die verbleibenden Finanzmittel der Klimakommunikation, um eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit hierzu durchführen zu können.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E16 - Intervall von CO₂-Bilanz und Fortschritt Klimaschutz von 2- auf 4-jährig verlängern

Stadtrat Wöhrl möchte in Erfahrung bringen, ob man den Bericht zur CO₂-Bilanz und zum Fortschritt Klimaschutz nicht einmal in einer Wahlperiode vorlegen und somit das Intervall auf sechsjährig verlängern könnte.

Bürgermeisterin Kleine erläutert, dass es sich bereits bei der Umstellung von zweijährig auf vierjährig um einen großen Sprung beim Intervall handle. Hinter dem vorliegenden Einsparvorschlag stehe, dass man beim Bericht zur CO₂-Bilanz und zum Fortschritt Klimaschutz eine Vereinfachung erzielen und aus den ausführlichen Beschreibungen ein Zahlenmonitoring machen möchte. Allerdings sollte sich der Stadtrat schon alle drei bis vier Jahre über die CO₂-Bilanz und den Fortschritt Klimaschutz umfassend informieren lassen.

Stadtrat Wöhrl zeigt sich mit der Verlängerung des Intervalls von CO₂-Bilanz und Fortschritt Klimaschutz auf vierjährig einverstanden.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E17 - Keine Neukonzeption des Klimaladens

Stadtrat Deiser schildert, dass die CSU-Stadtratsfraktion bei der Sichtung der Sparvorschläge über die Einsparoption E17 gestolpert sei. Innerhalb der CSU-Stadtratsfraktion habe niemand Auskunft darüber geben können, um was es sich beim Klimaladen handle und was dort gemacht werde. Insofern hätte die CSU-Stadtratsfraktion nun vorgeschlagen, ob man den Klimaladen nicht komplett einsparen könnte.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass es sich beim Klimaladen um eine fertige Ausstellung handle, die die Stadtverwaltung auf Anfrage an Schulen oder andere Einrichtungen in Ingolstadt verleihe. Die Schulen im Stadtgebiet würden von diesem Angebot des Klimaladens auch sehr gerne Gebrauch machen. Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass der Klimaladen schon einmal digitaler und ansprechender konzipiert worden sei. Deshalb schade es der Bewusstseinsbildung, die man mit diesem Klimaladen forcieren, nicht, wenn der Klimaladen kein Update erfahre.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E18 - Ausleihen des Klimaladens einschränken

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E19 - Softwarelizenz kündigen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E20 - Klimaschutzpreis nur noch 50% Preisgeld

Stadtrat Stachel weist darauf hin, dass man in anderen Bereichen die Preise bereits abgeschafft habe. Zudem handle es sich bei dem verbleibenden Preisgeld in Höhe von 500 Euro auch nicht mehr um die Wertschätzung. Dies erfahre die Preisträgerin oder der Preisträger dann vielmehr über die Urkunde, die Medaille und den Presseartikel. Insofern könnte man sich das verbleibende Preisgeld in Höhe von 500 Euro auch sparen.

Bürgermeisterin Kleine schildert, dass man auch andere Preise an die Wirtschaft verleihe. Bei diesen Preisen habe man auch schon das jeweilige Preisgeld halbiert beziehungsweise

gekürzt. Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass solche Preisverleihungen gerade für die Gründerszene wichtig seien, um Aufmerksamkeit für ihr Unternehmen zu gewinnen. Darüber hinaus würde das verbleibende Preisgeld des Klimaschutzpreises in Höhe von 500 Euro von der IFG AöR gezahlt werden.

Stadtrat Stachel merkt an, dass man bei anderen Preisen wie zum Beispiel beim Sportförderpreis härtere Sparschritte unternommen habe. Zudem habe Bürgermeisterin Kleine vorhin selbst davon gesprochen, dass man bei den Sparmaßnahmen einen gleichen Maßstab ansetzen sollte.

Stadtrat Schäuble erwähnt, dass er Stadtrat Stachel in dieser Sache zustimme. Vielleicht könnte man sich darauf einigen, dass man bei sämtlichen Preisen der Stadt Ingolstadt das Preisgeld halbiere und den Verleihungsturnus auf zweijährig festlege.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass der Vorschlag von Stadtrat Schäuble sämtliche dotierten Preise betreffen würde. Darüber hinaus sei der Klimaschutzpreis tatsächlich mit der Unterstützung der IFG AöR entstanden.

Hinsichtlich des Vorschlags von Stadtrat Schäuble plädiert Oberbürgermeister Dr. Kern dafür, dass man sich die Preise individuell ansehen müsse, da es unter Umständen Preise gebe, die eine andere Zeittaktung benötigen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld habe in der Debatte über das erste Konsolidierungspaket bereits die Auffassung vertreten, dass es keinen Sinn ergebe, Preisgelder zu halbieren, wenn es üblich sei, einen Preis in einer bestimmten Höhe zu vergeben. Seiner Ansicht nach sei es sinnvoller, die Anzahl der Preise zu reduzieren, anstatt die Summe des einzelnen Preises pauschal herunterzusetzen. Beim Klimaschutzpreis handle es sich um einen isolierten Preis, der nicht zusammen mit anderen Preisgebern verliehen werde. Insofern hat Herr Prof. Dr. Rosenfeld nichts dagegen, das Preisgeld für den Klimaschutzpreis zu halbieren, wenn dies von Seiten des Stadtrates gewünscht werde.

Stadtrat Dr. Lösel erwähnt, dass er Herrn Prof. Dr. Rosenfeld zustimme. Auch er würde die Anzahl der Preise deutlich reduzieren, bevor man jeden einzelnen Preis auf 100 Euro herunterrechne. Bei einem zu niedrig dotierten Preis würden auch die Kosten und der Aufwand für die Preisverleihungen dann irgendwann nicht mehr im Verhältnis zu der Wertschätzung stehen, die man den Preisträgerinnen und Preisträgern unter anderem über das Preisgeld zu teil werden lassen möchte. Zumal die Stadt Ingolstadt darauf achten müsse, dass man sich im Konzert der Preisgeber anderer Preise hinsichtlich der Höhe des Preisgeldes dann nicht allmählich etwas lächerlich mache. Stadtrat Dr. Lösel regt an, ob man nicht sämtliche Preise, die die Stadt Ingolstadt vergebe, einstweilen auf Null setze, um geordnet überlegen zu können, welche Preise in Zukunft überhaupt vergeben werden sollen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld bittet darum, dass man bei der Diskussion um die Preise, die die Stadt Ingolstadt verleihe, nicht wieder von vorne beginne. Bei den Wissenschaftspreisen habe man bereits das Einverständnis der Hochschulen eingeholt, die Preise im Bereich der Wissenschaft reduzieren zu können. Insofern bringe es nichts, sämtliche Preise noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Aus diesem Grund bittet Herr Prof. Dr. Rosenfeld darum, bei den Preisen, bei denen man bereits eine Reduzierung beschlossen und umgesetzt habe, keine neue Diskussion zu eröffnen.

Abstimmung über die Abschaffung des Klimaschutzpreises:

Mit 25 : 22 Stimmen:

Der Klimaschutzpreis wird abgeschafft.

Einsparoption E21 - Umstrukturierung im Projektmanagement

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E22 - Kürzung des Fahrtkostenzuschusses für städtische Mitarbeitende bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Herr von der Grün bittet insbesondere bei den Fahrtkostenzuschussrichtlinien zu bedenken, dass man viele Kolleginnen und Kollegen aufgrund dieser bisher so guten Richtlinie zur Stadtverwaltung habe holen können. Des Weiteren sei dem Personalrat durchaus bewusst, dass man Kürzungen vornehmen müsse. Allerdings schlage der Personalrat eine geringere Kürzung des Fahrtkostenzuschusses vor. Dabei soll der Fahrtkostenzuschuss für die QE 1 sowie für die QE 2 um jeweils 10 Prozent gekürzt werden. Eine vollständige Streichung des Fahrtkostenzuschusses schlage der Personalrat nur für die QE 4 vor. Insbesondere sollte man den Fahrtkostenzuschuss für die QE 3 aufrechterhalten, da in dieser Qualifizierungsebene die Studienabsolventen ihr Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A9 erhalten. Durch die vorliegend vorgeschlagene Kürzung würden die Kolleginnen und Kollegen der Qualifizierungsebene 3 genauso schlecht gestellt, wie das Personal der QE4. Dementsprechend finden sowohl der Personalrat als auch das Personal diesen Vorschlag äußerst ungerecht.

Herr Kuch betont, dass man die Kürzungen im Bereich der leistungsorientierten Bezahlung und beim Fahrtkostenzuschuss nicht gerne vornehme und man sie sich gerne erspart hätte. Nichtsdestotrotz sei es sowohl bei der leistungsorientierten Bezahlung als auch beim Fahrtkostenzuschuss das Bestreben des Personalreferats gewesen, die Kürzungen sozial ausgewogen umzusetzen, um damit innerhalb der Belegschaft nicht flächendeckend zu einer Demotivation beizutragen. Im Bereich der Fahrtkostenzuschüsse stehe die Idee hinter dem vorliegenden Vorschlag, eine weniger breite, aber dafür eine gezieltere Förderung zu erreichen. Herr Kuch berichtet, dass es bei der Stadtverwaltung derzeit über 500 Beschäftigte gebe, die einen Fahrtkostenzuschuss erhalten. Davon seien über zwei Drittel Auszubildende beziehungsweise Nachwuchskräfte und Beschäftigte der QE 1 sowie der QE 2. Dies bedeute, dass diejenigen, bei denen es wirklich entscheidend sei, ob sie sich eine Fahrkarte leisten können, weiterhin entweder fast oder gänzlich unverändert gefördert werden. Wenn man dem Vorschlag gefolgt wäre, den Fahrtkostenzuschuss auch in der QE 3 weiter zu gewähren, hätte dies bedeutet, dass die Einschnitte für die unteren Entgeltgruppen noch intensiver ausgefallen wären. Deshalb habe man sich in der Abwägung für den vorliegenden Einsparvorschlag entschieden.

Stadtrat Lange stellt den mündlichen Änderungsantrag zur Einsparoption E22, den Fahrtkostenzuschuss für die QE 1 auf 75 Prozent, für die QE 2 auf 65 Prozent und für die

QE 3 auf 45 Prozent zu reduzieren. Der Fahrtkostenzuschuss für die QE 4 solle dabei weiterhin in Gänze entfallen.

Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass man den von Stadtrat Lange mündlich gestellten Änderungsantrag zur Einsparoption E22 noch einmal monetär bewerten müsse.

Der mündliche Änderungsantrag von Stadtrat Lange würde bedeuten, dass sich das Einsparvolumen bei der Einsparoption E22 von bisher 95.000 Euro auf 32.000 Euro verringern würde, teilt Herr Kuch mit. Vor diesem Hintergrund plädiert Herr Kuch dafür, den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung anzunehmen.

Herr von der Grün führt aus, dass es sich tatsächlich um eine erhebliche Summe handle, die man aufgrund des Änderungsantrags von Stadtrat Lange beim Einsparvolumen der Einsparoption E22 verlieren würde. Nichtsdestotrotz sollte man die Kürzung des Fahrtkostenzuschusses im Zusammenhang mit der Kürzung des Budgets für die leistungsorientierte Bezahlung betrachten. Bei der Einsparoption E23 werden bereits 215.000 Euro eingespart, so Herr von der Grün. Zu diesem Betrag würden dann noch einmal 35.000 Euro durch den Änderungsantrag von Stadtrat Lange hinzukommen. Herr von der Grün ist der Meinung, dass es sich dabei um ein gutes Zeichen an die Belegschaft handeln würde.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag von Stadtrat Lange, den Fahrtkostenzuschuss für die QE 1 auf 75 Prozent, für die QE 2 auf 65 Prozent, für die QE 3 auf 45 Prozent und für die QE 4 auf 0 Prozent zu reduzieren:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Da der Änderungsantrag von Stadtrat Lange abgelehnt worden ist, gilt die Einsparoption E22 der Verwaltung als beschlossen.

Einsparoption E23 - Kürzung des Budgets für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) der städtischen Mitarbeitenden

Stadtrat Meier möchte wissen, ob sichergestellt werden könne, dass durch diese Einsparoption die Motivation der Beschäftigten nicht eingeschränkt werde. Denn nichts sei gewinnbringender und effizienter als motivierte Mitarbeiter.

Herr von der Grün weist darauf hin, dass die Kürzung des Budgets für die leistungsorientierte Bezahlung explizit in der letzten Personalversammlung angesprochen worden sei. Dabei habe sich der Personalrat kritisch zur dieser Einsparoption geäußert. Oberbürgermeister Dr. Kern habe in seiner vorherigen Rede erwähnt, dass von den Beschäftigten der Stadt Ingolstadt in der nächsten Zeit Flexibilität hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgaben und der entsprechenden Einsatzbereiche erwartet werde. Herr von der Grün betont, dass man bereits in der letzten Zeit beim Personal eine gewisse Fluktuation habe beobachten können und mehr Kolleginnen und Kollegen die Stadtverwaltung verlassen würden. Gleichzeitig bestehe durch die bereits greifende Wiederbesetzungssperre und durch die beschlossenen pauschalen Kürzungen eine Mehrbelastung des Personals. Zwar handle es sich bei der

Aufgabenkritik und der Digitalisierung um gute Instrumente, jedoch würden diese erst mittelfristig greifen. Dies bedeute, dass die Mehraufgaben durch das vorhandene Personal, das der Stadtverwaltung noch bleibe, aufgefangen werden müsse. Herr von der Grün ist der festen Überzeugung, dass die Beschäftigten diese Mehraufgaben übernehmen werden, da die Stadtverwaltung gutes Personal habe. Nichtsdestotrotz werden die Kürzungen in den Bereichen der leistungsorientierten Bezahlung und des Fahrtkostenzuschuss vom Personal als Bestrafung empfunden. Die Kürzungen in diesen beiden Bereichen haben für Herrn von der Grün weder etwas mit Wertschätzung noch etwas mit Motivation zu tun. Gleichwohl sei dem Personalrat bewusst, dass es sich sowohl bei der leistungsorientierten Bezahlung als auch beim Fahrtkostenzuschuss um freiwillige Leistungen handle.

Herr Kuch teilt mit, dass man in den vergangenen Tagen mit dem Einvernehmen des Personalrats im Bereich des Leistungsentgelts eine neue Dienstvereinbarung abgeschlossen habe. Dabei soll künftig die bisher erfolgte freiwillige Aufstockung des Leistungsentgeltbetrags um 0,2 Prozent entfallen. Gleichzeitig habe man die Regelung so aufgestellt, dass man mit einem Sockelbetrag eine breitere Anzahl an Beschäftigten mit einer Leistungsprämie bedenken könne. In Summe sei es deshalb zwar weniger Geld, aber dafür sollen mehr Beschäftigte vom Leistungsentgelt profitieren. Auf der anderen Seite sei es jedoch auch wichtig gewesen, dass man weiterhin die Topleistungsträger innerhalb der Stadtverwaltung fördern könne. Im Beamtenbereich habe der Gesetzgeber beschlossen, die Möglichkeit des vorzeitigen Stufenaufstiegs zum 01.01.2026 auslaufen zu lassen. Im Bereich der Tarifbeschäftigten habe sich die Stadt Ingolstadt dazu entschlossen, den vorzeitigen Stufenaufstieg aufrechtzuerhalten, um die Topleistungsträger damit fördern zu können. Hierbei handle es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Ingolstadt, erklärt Herr Kuch.

Stadtrat Deiser wundert sich darüber, dass der Personalreferent dem Stadtrat die Einsparoptionen E22 und E23 vorlege, obwohl diese im Vorfeld augenscheinlich nicht mit dem Personalrat verhandelt worden seien. Er erwarte eigentlich, dass vor allem solch sensible Vorschläge vorher einer Beschlussfassung im Stadtrat vom Personalreferenten mit dem Personalrat oder mit den Beschäftigten abgestimmt werden. Insofern findet es Stadtrat Deiser unfair, dem Stadtrat die Entscheidung über diese anscheinend unabgestimmten Vorschläge zuzuschieben und ihn somit zum Sündenbock für diese Kürzungen zu machen.

Herr Kuch betont, dass man beim Leistungsentgelt über die Bestandteile eine Dienstvereinbarung geschlossen habe, die nach Tarifrecht im Einvernehmen mit dem Personalrat abzuschließen seien. Beim übertariflichen Leistungsentgelt und bei der Weitergewährung einer Leistungsstufe handle es sich um rein freiwillige Leistungen, die man zwar gegenüber dem Personalrat kommunizieren müsse, die aber sich ausschließlich in der Entscheidungshoheit des Stadtrates befinden. Insofern handle es sich bei diesen beiden freiwilligen Leistungen um keine mitbestimmungspflichtigen Bestandteile, erklärt Herr Kuch.

Stadtrat Deiser entgegnet, dass man solche Bestandteile doch mit in die Verhandlungen nehmen sollte, wenn man schon eine neue Dienstvereinbarung abschließen. Den Ausführungen von Herrn von der Grün könne man entnehmen, dass der Personalrat diese beiden Kürzungen nicht befürworte, so Stadtrat Deiser.

Herr von der Grün schildert, dass die Dienstvereinbarung bereits beschlossen und auch schon unterschrieben worden sei. Im Sinne der Entbürokratisierung habe man aus bisher vier verschiedenen Dienstvereinbarungen eine einzige erstellt. Herr von der Grün erläutert, dass am Anfang der Verhandlungen über diese neue Dienstvereinbarung die freiwillige Aufstockung des Leistungsentgeltbetrags um 0,2 Prozent noch enthalten gewesen sei. Als

dem Personalrat im weiteren Verlauf mitgeteilt worden sei, dass die freiwilligen Leistungen wegfallen beziehungsweise stark gekürzt werden sollen, habe dieser die Dienstvereinbarung nicht mehr unterschreiben wollen. Daraufhin sei überlegt worden, wie man die positiven Bestandteile aus den bisherigen Verhandlungsrunden trotzdem in eine neue Dienstvereinbarung übernehmen könne. Hierbei sei man zu dem Kompromiss gekommen, dass man die konkreten Zahlen zum Leistungsentgelt aus der Dienstvereinbarung herausnehme und nur die positiven Aspekte aus den Verhandlungen in die neue Vereinbarung überführe. Deshalb sei in der neuen Dienstvereinbarung zum Budget für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) lediglich der Satz enthalten, dass das LOB-Volumen erhöht werden könne, sofern vom Stadtrat auf freiwilliger Basis zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Abstimmung über die Einsparoption E23 - Kürzung des Budgets für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) der städtischen Mitarbeitenden:

Gegen 4 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Einsparoption E24 - Einschränkung bei Teamseminaren

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E25 - Entfall einer Planstelle in der Buchhaltung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E26 - Einstellen der Barzahlungen

Stadtrat Lipp weist darauf hin, dass es sich beim Bargeld nach wie vor um ein gesetzliches Zahlungsmittel handle. Zudem sollte man bei dieser Einsparoption an die älteren Leute denken, die oftmals gar keine Debit- oder Kreditkarte besitzen.

Stadtrat Wöhrle ist auch der Meinung, dass man die Möglichkeit der Barzahlung bei der Stadt Ingolstadt erhalten sollte.

Oberbürgermeister Dr. Kern hält fest, dass sich auch Stadtrat Stachel und Stadtrat Schäuble für die Beibehaltung der Barzahlungsmöglichkeit aussprechen.

*Abstimmung über die Einsparoption **E26 - Einstellen der Barzahlungen:***

Mit Mehrheit der Stimmen:

Die Einsparoption E26 wird abgelehnt.

Einsparoption E27 - Erhöhung von Pachten

Stadtrat Meier merkt an, dass man die Pacht für die Gärten erst erhöht habe. Von einem Pächter wisse er, dass die Pacht von bisher 46 Euro auf 120 Euro erhöht worden sei. Wenn man die Grundsteuer im selben Maße erhöhen würde, hätte die Stadt Ingolstadt einen Grundsteuerertrag in Höhe von 80 Millionen Euro. Von daher regt Stadtrat Meier an, die Einsparoption E27 aus der Beschlussfassung herauszunehmen.

Herr Merbald führt aus, dass die letzte Erhöhung der Pachten teilweise in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt worden sei. Die nächste Erhöhung sei für das Jahr 2027 vorgesehen. Herr Merbald schildert, dass man die Pacht für die Kleingärten von 0,80 Euro pro m² auf bis zu 1,50 Euro pro m² erhöht habe. Jedoch handle es sicher hierbei um die Jahrespacht pro m² für die Kleingärten. Insofern klinge es zunächst nach einer relativ großen Erhöhung, wenn man jedoch den Betrag auf das Jahr hochrechne, bewege man sich in einem sehr moderaten Rahmen, der für die meisten Pächter zu bewerkstelligen sei.

*Abstimmung über die Einsparoption **E27 - Erhöhung von Pachten:***

Gegen 4 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

E28 - Durchführung des Bürgerfestes nur noch alle 2 Jahre

Stadtrat Ettinger teilt mit, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU die vorliegende Einsparoption E28 ablehne. Seiner Ansicht nach würden die Besucherinnen und Besucher des Bürgerfestes viel Geld in die Kassen bringen. Insofern handle es sich beim Bürgerfest um einen wirklichen Wirtschaftsfaktor. Zumal Stadtrat Ettinger im Verkauf der Festzeichen noch sehr viel Potenzial sehe, da dieser seiner Meinung nach noch lange nicht ausgereizt sei. Von daher könnte man die Kosten für das Fest noch weiter reduzieren, wenn man den Verkauf der Festzeichen ausweiten würde. Auch im Einsatz vom Ehrenamt bei der Organisation und der Durchführung des Bürgerfestes sieht Stadtrat Ettinger noch viel Potenzial. Die Kosten für das Bürgerfest seien relativ gesehen sehr gering, da sich die Kosten in Relation zur Besucherzahl auf zwei bis drei Euro pro Besucher verteilen. Darüber hinaus zahle das Bürgerfest auf sehr viele Ziele ein, die man sich als Stadtrat gesetzt habe. Hierbei handle es sich unter anderem um die Belebung der Donau, Belebung der Innenstadt und die Schaffung einer Stadtidentität. Außerdem schaffe das Bürgerfest viele Schnittstellen für Künstlerinnen und Künstler, die in diesen Zeiten besonders starke Einschränkungen erleben müssen. Das Bürgerfest stelle somit eine Möglichkeit dar, genau diese Einschränkungen zumindest teilweise zu kompensieren. Stadtrat Ettinger darüber hinaus der Ansicht, dass der einjährige Rhythmus des Bürgerfestes, die Akzeptanz für die

Sparmaßnahmen innerhalb der Bevölkerung erhöhe. Deshalb bittet Stadtrat Ettinger darum, das Bürgerfest weiterhin jährlich durchzuführen.

Stadträtin Leininger führt aus, dass die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der vorliegenden Einsparoption E28 zustimmen wird. Hierbei verweist sie auf die relativ hohen Kosten für die Durchführung des Bürgerfestes. Darüber hinaus findet es Stadträtin Leininger problematisch, wenn der Stadtrat die Durchführung des Bürgerfestes im zweijährigen Rhythmus heute beschliesse, ohne dabei für das Fest einen Kostenrahmen zu setzen. Innerhalb von bis zu zwei Jahren könnten sich beispielsweise die Kosten für die notwendige Sicherheitstechnik schlagartig erhöhen. Angesichts dessen möchte sie ungern in eine Situation kommen, in der man spontan mehr Finanzmittel für die Durchführung des Festes benötige. Von daher sollte man sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen gewissen Kostenrahmen für das Bürgerfest geben, plädiert Stadträtin Leininger.

Stadtrat Stachel teilt mit, dass er sich den Ausführungen von Stadträtin Leininger anschließen könne. Beim Bürgerfest handle es sich definitiv um ein sehr beliebtes, aber auch um ein sehr umstrittenes Thema, da man das Fest gerne erhalten möchte. Stadtrat Stachel betont, dass er ausdrücklich nicht die Ansicht von Stadtrat Ettinger bezüglich der Akzeptanzerhöhung bei den Sparmaßnahmen teile. Stadtrat Stachel ist der Meinung, dass es nicht die Akzeptanz der Sparmaßnahmen erhöhe, wenn man das Bürgerfest in der bisherigen Form belasse. Seiner Ansicht nach würde dies genau das Gegenteil bewirken, da der Kostenblock für das Fest in Höhe von rund 400.000 Euro schlichtweg zu hoch sei. Darüber hinaus seien die Kosten auch zu hoch, wenn man von einem zweijährigen Rhythmus spreche, da die vorhandenen Möglichkeiten nicht wirklich ausgeschöpft werden. Stadtrat Stachel weist darauf hin, dass man schon oft darüber diskutiert habe, an welchen Stellen man von den Besucherinnen und Besuchern Gelder verlangen könne und was dies für Folgen mit sich bringe. Letztendlich müsse man diese Möglichkeiten ausprobieren, da sich die Stadt Ingolstadt ein Bürgerfest „auf Pump“ nicht mehr leisten könne. Von daher könne es ein Bürgerfest nur mit Bürgerbeteiligung, ehrenamtlichen Engagement und mit einem Vereinsengagement geben. Auch sollten die Bürgerinnen und Bürger über Eintrittsgelder oder über die Preise der angebotenen Produkte und Leistungen für das bezahlen, was das Fest koste. Aus diesem Grund befürwortet Stadtrat Stachel sehr stark einen Kostendeckel für das Bürgerfest. Bei welcher Kostenhöhe man diesen Deckel ziehe könne man noch einmal diskutieren. Zudem spricht er sich beim Bürgerfest für einen zweijährigen Rhythmus aus, um auch den Aufwand innerhalb der Stadtverwaltung zu reduzieren.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass ihr auch, so wie wahrscheinlich dem gesamten Stadtrat, das Bürgerfest lieb und wichtig sei. Nichtsdestotrotz befinde man sich in einer Situation, in der man für das Jahr 2026 keinen genehmigungsfähigen und auch keinen genehmigten Haushalt haben werde. Dieser Realität müsse man ins Auge blicken, betont Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Deshalb werde es möglicherweise nicht unbedingt auf Zustimmung bei der Regierung von Oberbayern stoßen, wenn man sich als Stadt Ingolstadt trotz dieser Haushaltslage im Jahr 2026 ein Bürgerfest leiste. Denn die Regierung von Oberbayern werde darauf achten, dass die Stadt Ingolstadt sich nur auf die unabwiesbaren Maßnahmen beschränke. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass es sich bei den Kosten für die Veranstaltung des Bürgerfestes um eine nicht unerhebliche Summe handle. Zwar werde die Regierung von Oberbayern den Haushalt der Stadt Ingolstadt nicht in das kleinste Detail überprüfen, aber bei einer so großen Ausgabe sieht Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll Schwierigkeiten, ein Bürgerfest im Jahr 2026 durchzuführen. Hinsichtlich des vorgeschlagenen Kostendeckels für das Bürgerfest im Jahr 2027 führt sie aus, dass man

über einen solchen Deckel diskutieren könne, sobald die Zeit dafür gegeben sei. Momentan sei es noch zu früh, um über die Konditionen für das Bürgerfest im Jahr 2027 zu sprechen.

Herr Klein schildert, dass man beim Bürgerfest 2025 von einem Sachkostendefizit in Höhe von 375.000 Euro spreche. Wenn man dieses Sachkostendefizit des Bürgerfestes im nächsten Jahr nicht einsparen könne, sei man gezwungen andere Veranstaltungsreihen und Festivals einsparen zu müssen. Im Kulturamt habe man ein verfügbares Sachkostendefizit von rund 1,2 Million Euro. Insofern verbräuche das Sachkostendefizit des Bürgerfestes bereits rund ein Viertel dieser verfügbaren Mittel. Dem Kulturamt sei deshalb viel daran gelegen, dass die vorliegenden Einsparvorschläge aus dem Kulturbereich umgesetzt werden. Gleichzeitig arbeite das Kulturamt bereits an den nächsten Einsparvorschlägen, so Herr Klein. Grundsätzlich besitze die Stadt Ingolstadt eine Verantwortung gegenüber den Künstlerinnen und Künstler sowie allen anderen Akteuren, die mit ihr zusammenarbeiten. Deshalb bestehe die Aufgabe der Stadt Ingolstadt darin, in diesem Sparkontext so behutsam wie möglich vorzugehen. Angesichts dessen müsse man zuerst die Elemente wegnehmen, die am wenigsten Schaden anrichten. Trotz dieser Vorgehensweise werden die Einsparmaßnahmen jedoch gewisse Schäden anrichten. Herr Klein betont, dass man den Menschen und vielen Akteuren aufgrund der Sparmaßnahmen einiges zumuten werde. Deshalb sollte man bei den Einsparungen lieber mit den Themen anfangen, die man noch besser rechtfertigen könne. Von daher sei die Stadtverwaltung sehr daran interessiert, das Bürgerfest künftig in einem zweijährigen Turnus durchzuführen. Damit würde die Stadtverwaltung mehr Zeit gewinnen, um vor dem Hintergrund der Kostenreduzierung an einer komplett neuen Konzeption für das Bürgerfest arbeiten zu können. Wenn das nächste Bürgerfest allerdings bereits im Juli 2026 stattfinde, schaffe man es zeitlich nicht, ein komplett neues Konzept aufzusetzen.

Abstimmung über die Einsparoption E28 - Durchführung des Bürgerfestes nur noch alle 2 Jahre:

Gegen 7 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Einsparoption E29 - Einsparungen bei der Durchführung von Veranstaltungen

Stadtrat Stachel merkt an, dass es sich bei der hier bezifferten Kostenersparnis in Höhe von 85.000 Euro um eine erhebliche Summe handle. Allerdings wäre es hier wichtig zu wissen, wie hoch die eigentlichen Gesamtkosten für die Veranstaltungen ausfallen. Erst wenn man diese Kosten kenne, könne man die tatsächliche Einsparung feststellen.

Herr Klein teilt mit, dass das bisherige Budget für diesen Bereich rund 590.000 Euro betragen habe. Gleichwohl habe man in diesem Bereich in den letzten Jahren bereits rund 200.000 Euro eingespart. Hierbei habe es sich bereits um massive Einsparungen gehandelt, da verschiedene Festivalreihen entweder komplett abgeschafft oder stark reduziert worden seien. Nichtsdestotrotz nehme man in diesem Bereich weitere Reduzierungen vor, was zum einen die Veranstaltungsorte und zum anderen die Konzeptionen angehe. Insofern werden bereits innerhalb des Kulturamts Überlegungen angestellt, wie man in diesem Bereich diesen Trend der Kostenreduzierung für die Jahre 2027 und 2028 fortführen könne. Auch in diesem

Bereich müsse man bei den Einsparungen allerdings so vorgehen, dass kein großer Schaden angerichtet werde, betont Herr Klein.

Stadtrat Wöhrl merkt an, dass die Sparmaßnahmen nur vorübergehend seien. Eigentlich hätte die CSU-Stadtratsfraktion bei der Einsparoption E29 eine höhere Einsparsumme gefordert. Jedoch handle es sich bei der vorliegenden Einsparoption um den aktuellen Stand. Zudem habe Herr Klein erwähnt, dass das Kulturamt bereits weitere Einsparvorschläge für die nächste Konsolidierungsrunde vorbereite. Der Stadtrat würde etwas vergessen, dass die Haushaltslage vor einem halben beziehungsweise vor einem Jahr noch ganz anders ausgesehen habe, so Stadtrat Wöhrl. In einem halben Jahr werde die Welt auch wieder ganz anders aussehen als heute. Deshalb werde man in Zukunft auch über Sparmaßnahmen diskutieren müssen, die man sich heute noch gar nicht vorstellen könne. Deshalb begrüßt es Stadtrat Wöhrl, dass das Kulturamt bereits die nächsten Sparmaßnahmen im Blick habe. Angesichts dessen plädiert er dafür, der vorliegenden Einsparoption E29 zuzustimmen.

Stadtrat Ertl führt aus, dass die noch nicht weggefallenen Veranstaltungen Sachkosten in Höhe von über 560.000 Euro verursachen würden. Auch wenn die Bestrebungen zur Kostenreduzierung vorhanden seien, sei dieser Fakt natürlich schwierig. Unter der Einsparoption E31 solle der Wegfall eines einzigen Festivals, das ein Sachkostenvolumen von 20.000 Euro besitze, beschlossen werden. Bei der vorliegenden Einsparoption E29 spreche man bei diversen Veranstaltungen, die Sachkosten von insgesamt über 560.000 Euro ausmachen würden, hingegen von einer Einsparung in Höhe von lediglich 85.000 Euro. Darüber hinaus wünscht sich Stadtrat Ertl, eine etwas detailliertere Aufgliederung der Einsparmaßnahmen in diesem Bereich.

Herr Klein erläutert, dass man bei der Einsparoption E29 je nach Jahr von insgesamt 150 bis 180 einzelnen, über das Jahr verteilte Veranstaltungen spreche. Bei diesen Veranstaltungen habe man bereits sehr tiefe Einschnitte vorgenommen, die man natürlich noch weitervollziehe. In Bezug auf die Einsparoption E31 solle allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass man nur am Brauchtum, aber nicht an den anderen Kulturgenres sparen würde.

Stadtrat Lipp möchte in Erfahrung bringen, ob nach der vorliegenden Einsparmaßnahme noch genügend Geld für die Veranstaltung eines FEM*FESTIVAL vorhanden sei.

Herr Klein schildert, dass man bei den unter der Einsparoption E29 aufgeführten Veranstaltungen entsprechende Einsparungen und Optimierungen vornehmen möchte. Allerdings versuche man explizit, die Veranstaltungen und damit auch das FEM*FESTIVAL in einem etwas anderem beziehungsweise kostengünstigeren Rahmen aufrechtzuerhalten.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E30 - Verzicht auf finanzielle Ausstattung beim Festumzug zum Herbstvolksfest

Stadtrat Stachel erwähnt, dass es zwar einfach, aber dafür falsch sei den Festumzug zum Herbstvolksfest zu streichen. Stattdessen sollte man den Festumzug so umorganisieren,

dass es für die Teilnehmer kein Freibier sowie keine Freibrotzeit mehr gebe. Zudem würden sowohl die Vereine als auch die Stadt Ingolstadt froh sein, wenn es den Festumzug zum Herbstvolksfest weiterhin gebe. Stadtrat Stachel ist davon überzeugt, dass sich die breite Masse trotzdem an dem Festumzug weiterhin beteiligen werden, da die wenigsten Menschen nur aufgrund der Freimarken dran teilnehmen.

Herr Klein schildert, dass am Anfang die Überlegung im Raum gestanden habe, komplett auf den Festumzug zum Herbstvolksfest zu verzichten. Eine Streichung des Festumzuges habe man nun allerdings durch viele Gespräche abwenden können. Insofern solle es den Festumzug zum Herbstvolksfest künftig weiterhin geben, jedoch könne man den Teilnehmerinnen und Teilnehmer keine Leistungen mehr ermöglichen.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E31 - Verzicht auf kultURIG-Festival

Aufgrund der Bemerkung von Stadtrat Ertl, die dieser bei der Einsparoption E29 angebracht habe, möchte Herr Klein die Einsparoption E31 noch einmal genauer erläutern. Grundsätzlich schlage man bei dieser Einsparoption vor, auf das kultURIG-Festival im Bauerngerätemuseum zu verzichten. Gleichzeitig würde man dadurch allerdings die Volkstanzveranstaltungen stärken, die man als Veranstaltungsreihe bereits das ganze Jahr über durchführe. Die Reihe der Volkstanzveranstaltungen werde auch aus der Szene heraus als sehr wichtig und gut besucht angesehen. Zudem gebe es im Bauerngerätemuseum bereits selbst gute Brauchtumsfeste und Veranstaltungen, die das nun wegfallende Angebot des kultURIG-Festivals auffangen würden. Insofern würde man die Finanzmittel etwas kürzen und in mehr Volkstanzveranstaltungen umschichten, die das Brauchtum an dieser Stelle benötige und stärke. Diese Vorgehensweise sei auch schon mit den entsprechenden Vereinen besprochen worden, teilt Herr Klein mit. Aus diesem Grund handle es sich hierbei um einen Wandel, der einerseits inhaltlich helfen und das Brauchtum weiterhin stärken solle, aber andererseits dem Kulturamt ermöglicht, 20.000 Euro einsparen zu können.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E32 - Wegfall der Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit

Stadtrat Dr. Schickel spricht gegenüber Oberbürgermeister Dr. Kern einen Dank aus, da er die offizielle Veranstaltung anlässlich des Tags der Deutschen Einheit durch Besuche an Schulen zu diesem Thema ersetzen wolle. Er betont, dass die Krise kreativ mache.

Stadtrat Stachel nimmt wahr, dass der Tag der Deutschen Einheit nach wie vor der einzige wirkliche Staatsfeiertag in Deutschland sei. Mittlerweile verkomme dieser zu einem Shoppingtag, weil er in Ingolstadt ein verkaufsoffener Feiertag sei. Früher habe es Diskussionen über die Einführung eines begleitenden Programms gegeben, dass dieser Tag

in Ingolstadt nicht nur ein Shoppingtag sei. Dieses würde mit diesem Beschluss nun gestrichen werden. Er findet, dass man mit der eigenen Identität und Vergangenheit Deutschlands respektlos umgehe. Mit diesem Feiertag sollte würdevoll umgegangen werden. Deshalb bittet er, das Ganze zu überdenken, diesen Punkt abzusetzen und die Veranstaltung beizubehalten.

Direkt von Oberbürgermeister Dr. Kern sei die Idee des Wegfalls der Veranstaltung nicht gekommen, so Oberbürgermeister Dr. Kern. Er stimmt zu, dass der Tag der Deutschen Einheit und der Wiedervereinigung Deutschlands für Junge und Alte sehr wichtig sei. Deshalb wolle man etwas kostensparendes mit Schülern machen. Jedoch schlägt er vor, eine kostengünstige und würdevolle Alternative zu prüfen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erinnert an eine kleine Fotoausstellung von Herrn Hauser am Vorabend des 3. Oktober, des Tags der Deutschen Einheit, bei der auch der Stadtpräsident von Opole anwesend gewesen war. Diese habe sich zwar nicht direkt auf den Feiertag bezogen, jedoch könnten solche Veranstaltungen dazu sicherlich auch ausgerichtet werden. Vielleicht könnte dazu ein kleines Konzept erarbeitet werden. Der Hintergrund dieser Einsparung sei die geringe Resonanz bei den Zeitzeugenveranstaltungen der letzten Jahre gewesen.

Stadträtin Pane findet die Idee mit den Schülern eine gute Sache. Vielleicht könne diese in einer Veranstaltung im Barocksaal des Stadtmuseums zentralisiert werden. Dies verursache auch keine Kosten.

Stadtrat Mißbeck stimmt Stadtrat Stachel zu. Es sei wichtig, die Jugendlichen an diesem Tag einzubeziehen und ihnen klarzumachen, was der Tag der Deutschen Einheit heute bedeute.

Abstimmung über die Einsparoption E32 - Wegfall der Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit:

Die Einsparoption wird zurückgestellt, mit der Maßgabe, dass die Veranstaltungen vorerst beibehalten werden und die Verwaltung eine Kostenreduzierung derer prüft.

Einsparoption E33 - Alternative 1: Abschaffung des Bücherbusses Einsparoption E34 - Alternative 2: Reduzierung von Öffnungszeiten, Services und Schulmedienzentrale

Die Einsparoption E33 – Alternative 1: Abschaffung des Bücherbusses und die Einsparoption und die Einsparoption E34 – Alternative 2: Reduzierung von Öffnungszeiten, Services und Schulmedienzentrale werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Krumwiede plädiert dafür, den Bücherbus zu erhalten, weil er ein Herzstück der Stadtbücherei sei. Wenn man den nun abschaffe, würde er nicht wieder kommen. Er vereine mobil kulturelle Bildung und Sprachkompetenz, woran man festhalten solle, zumal sich die Mietkosten nach einiger Zeit amortisieren würden. Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen müssten im Blick behalten werden, wofür der Bücherbus ein wesentliches Element sei.

Stadtrat Dr. Schickel schließt sich der Meinung seitens Stadträtin Krumwiede an. Der Bücherbus sei eine wichtige Institution und solle erhalten bleiben. Er plädiert dafür, die Variante 2 zu wählen, da durch die Reduzierung der Öffnungszeiten und des Services der Schulmedienzentrale einiges eingespart werden könne. Die Schulbüchereien seien außerdem durch die Unterstützung durch Praktikanten präsent und aktuell.

Stadtrat Lange teilt zur Einsparoption E33 Variante 1 mit, dass einige Stadträte von den Ersten Bürgermeistern von Ernsgraden, Karlskron und Eitensheim ein Schreiben erhalten hätten, da auch diese Gemeinden von der Abschaffung des Bücherbusses direkt betroffen seien. Gerade wenn man ländlicher lebt, sei solch ein Angebot sehr gut. Die drei Bürgermeister hätten angeboten mit der Stadt Ingolstadt Gespräche über den Erhalt des Bücherbusses zu führen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Wenn die Einsparoption E34 Variante 2 gewählt werde, könne bei der Einsparoption E33 Variante 1 in Zusammenarbeit mit den drei genannten Gemeinden noch ein Weg gefunden werden, und die entstehenden Kosten auf alle vier Kommunen aufgeteilt werden.

Stadtrat Stachel schließt sich den Ausführungen seitens Stadtrat Lange an.

Stadtrat De Lapuente erinnert sich an den damaligen Kampf um die Einführung des Bücherbusses. Dieser sei jedoch aus gutem Grund, nämlich der Kultur und Bildung in Ortsteilen, eingeführt worden. Der SPD-Stadtratsfraktion sei bewusst, dass dieser 250.000 Euro koste; nichtsdestotrotz müsse der Bücherbus erhalten bleiben und an einem anderen Post eingespart werden, um die auszugleichen.

Auch Stadtrat Dr. Schuhmann spricht sich für den Erhalt des Bücherbusses und den Vorschlag seitens Stadtrat Lange, die Kosten auf alle vier Kommunen zu verteilen, aus. Er sei neben der TikTok- und Social Media-Überflutung gerade heutzutage immer mehr ein wichtiges Instrument, um Literatur zu den Kindern und Jugendlichen zu bringen.

Die Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ödp spreche sich für den Erhalt des Bücherbusses aus, so Stadträtin Pane. Sie schließt sich dem Wortbeitrag seitens Stadtrat Lange an.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt fest, dass sich bisher alle für den Erhalt des Bücherbusses ausgesprochen hätten und man zur Reduzierung des Defizits mit den drei betroffenen Gemeinden verhandeln sollte, um die Kosten des Bücherbusses auf alle vier Kommunen zu verteilen. Die Einsparoption E34 Variante 2 solle eingespart werden.

Stadtrat Schäuble merkt an, bei den zukünftigen Punkten direkt abzustimmen, wenn bereits alle Fraktionen, Ausschussgemeinschaften und Gruppierung dafür seien, als in eine Diskussion zu starten.

*Abstimmung über die Einsparoption **E33 - Alternative 1: Abschaffung des Bücherbusses:***

Die Mitglieder des Stadtrates haben sich für den Erhalt des Bücherbusses ausgesprochen, mit der Maßgabe, dass mit den betroffenen Gemeinden Ernsgraden, Karlskron und Eitensheim im Hinblick auf eine Aufteilung der Kosten Gespräche geführt werden.

*Abstimmung über die Einsparoption **E34 - Alternative 2: Reduzierung von Öffnungszeiten, Services und Schulmedienzentrale:***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, da sich die Mitglieder des Stadtrates für E33 - Alternative 1 dem Erhalt des Bücherbusses ausgesprochen haben.

Einsparoption E35 - Gebührenerhöhung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E36 - Verzicht auf eine Festsaal-Interimsspielstätte
Einsparoption E37 - Verzicht auf Gastspiele und je eine Produktion in Studio, Kleines Haus und Freilicht
Einsparoption E38 - Reduzierung von künstlerischem Gastpersonal

Die Einsparoption E36 – Verzicht auf eine Festsaal-Interimsspielstätte, die Einsparoption E37 – Verzicht auf Gastspiele und je eine Produktion in Studio, Kleines Haus und Freilicht und die Einsparoption E38 - Reduzierung von künstlerischem Gastpersonal werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Pane führt aus, dass sie gestern ein ausführliches Gespräch mit dem Intendanten über das Thema Freilicht geführt habe. Das Freilicht habe in Ingolstadt einen Festspielcharakter und werde stark besucht, auch von Personen, die sonst nicht ins Theater gingen. Eine Streichung würde bedeuten, dass ein wichtiger kultureller Bereich weg falle. Als Lösungsvorschlag habe der Intendant gemeint, eher eine große Produktion mit Band und Livemusik zu streichen, um das Freilicht zu erhalten. Das Freilichtkino im Turm Baur habe bisher in Kooperation mit dem Freilichttheater stattgefunden. Bei Wegfall des Freilichttheaters werde infolgedessen auch das Freilichtkino entfallen, was einen erheblichen Kulturverlust für Ingolstadt bedeute. Ziel sei es, die Stadt weiterhin lebenswert und liebenswert zu gestalten. In der Vorlage gehe es um das Freilichttheaterstück „Dreamtime II“ im Jahr 2024, bei dem noch 43.000 Euro Mehrkosten zur Debatte stünden. Beim Freilichtstück „Hofnarr“ in diesem Jahr sei die Abrechnung noch nicht vollständig, es zeichne sich jedoch ab, dass Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr ausglich. Eine Streichung des Freilichttheaters sei daher nicht erforderlich.

Die genannte Summe beziehe sich nicht nur auf das Freilichttheater, sondern auf alle vorgeschlagenen Kürzungen: je eine Produktion im Studio, im Kleinen Haus und im Freilichttheater, erklärt Herr Klein. Gastspiele würden entfallen, im Studio solle eine Veranstaltung weniger stattfinden, im Kleinen Haus drei statt vier Produktionen und das Freilichttheater komplett wegfallen. Die Zahlen zum „Hofnarr“ könnten sich zwar auf Null einpendeln, lägen aber an der oberen Grenze des Machbaren. Für die Zukunft sei mit einem mittleren fünfstelligen Defizit zu rechnen. Er begrüßt es, speziell das Freilichttheater zu erhalten und den Vorschlag mitzunehmen und eine gesonderte Lösung zu finden.

Selbst wenn das Freilichttheater Kosten verursache, würde der Intendant lieber eine große Produktion mit Band aus dem Spielplan streichen, als das Freilichttheater wegfallen zu lassen, betont Stadträtin Pane.

Herr Klein antwortet an seine Vorrednerin gewandt, dass er den Vorschlag von ihr gemeinsam mit dem Intendanten besprechen und eine Lösung finden wolle, um diese aktiv aus der Verwaltung nochmal in den Stadtrat zu bringen.

Oberbürgermeister Dr. Kern meint an Herrn Klein gewandt, dass es vielleicht gut wäre, bei seinem Vorhaben auch Stadträtin Pane zu beteiligen, da sie aufgrund der Gespräche mit den Intendanten schon einige Kenntnisse habe.

Das Freilichttheater sei die Veranstaltung, die auch Menschen besuchten, die sonst nicht ins Theater gingen, und dürfe nicht gestrichen werden, meint Stadträtin Hagn. Wenn noch weitere Gespräche geführt werden sollen, unterstütze das die Ausschussgemeinschaft FDP/JU. Lieber solle eine große Produktion gestrichen werden, um das Freilichttheater zu erhalten.

Das Freilichttheater müsse oberste Priorität haben, so Stadtrat Stachel. Die Kosten sollten an anderer Stelle kompensiert werden.

Stadtrat Witty bittet, die Einsparoption E36 - Verzicht auf eine Festsaal-Interimsspielstätte und die Einsparoption E37 - Verzicht auf Gastspiele und je eine Produktion in Studio, Kleines Haus und Freilicht gemeinsam zu diskutieren und behandeln, da sie zusammengehören würden.

Der Vorschlag sei eine Konsequenz aus der aktuellen Situation und nicht Ausdruck des Wunsches seitens der Verwaltung, auf eine Festsaalbetriebsstätte zu verzichten, betont Herr Klein. Da es voraussichtlich kein Festsaal-Interim gebe, müsse man die Realität akzeptieren. Derzeit arbeiteten etwa vier Vollzeitäquivalente an der Thematik Festsaal-Interim, was ohne eine Saal Interim wegfallt. Unter diesen Rahmenbedingungen sei die Einsparung notwendig, sofern keine Alternative gefunden werde. Ziel sei es nicht, das Festsaal Interim zu verhindern, sondern auf die Konsequenzen zu reagieren.

Oberbürgermeister Dr. Kern meint auf den Wortbeitrag seines Vorredners, dass man das so zur Kenntnis nehmen könne.

Stadträtin Leininger meint, dass der Intendant ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Freilichttheaters mitnehmen könne. E37 und E38 seien eng miteinander verbunden, da die Produktionskosten bei der Beschäftigung des Personals steigen würden, weshalb Spielräume zur Anpassung bestünden. Das Freilichttheater solle erhalten bleiben, während andere Produktionen eingespart würden. Zum Thema Festsaal-Interim führt sie aus, dass es nach aktueller Prüfung wohl nicht realisiert werde, was einen jedoch nicht von der Verantwortung entbinde, weiterhin nach Alternativen zu suchen. Es müsse ein Konzept erarbeitet werden, um die Veranstaltungen, die bisher im Festsaal stattgefunden hätten, auch in Zukunft eine Möglichkeit einer Veranstaltungsstätte hätten. Der Beschluss E36 solle insofern abgeändert werden, dass auf eine Festsaal-Interimsspielstätte verzichtet werde und ein entsprechendes Unterbringungs- und Veranstaltungskonzept für die Veranstaltungen, die dort stattgefunden haben, vor der Schließung, erarbeitet werde.

Die CSU-Stadtratsfraktion schließt sich, auch wenn es schwerfalle, dem Vorschlag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ödp an, eine Großproduktion zu streichen, um das Freilichttheater unbedingt zu erhalten.

Stadtrat Dr. Schuhmann meint, dass man selbstkritisch auf die Situation blicken müsse. Der erste Runde Tisch zur Generalsanierung habe bereits 2010 stattgefunden. Leider seien alle Lösungsansätze gescheitert. Vorschläge, wie die Nutzung der Druckerei des Donaukurier oder ein Neubau am Volksfestplatz für 11 Millionen Euro habe man nicht umsetzen können. Trotz Gutachten und Prüfungen gebe es nun keine Interimsspielstätte für den Festsaal. Veranstaltungen wie Benefizkonzerte oder große Kabarettauftritte seien daher kaum realisierbar. Man müsse die Realität akzeptieren und dem Punkt zustimmen, auch wenn dies schwerfalle.

*Abstimmung über die Einsparoption **E36 - Verzicht auf eine Festsaal-Interimsspielstätte:***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass vor der Schließung des Festsaals ein Konzept über die Unterbringung der Veranstaltungen, die bisher im Festsaal stattgefunden haben, erarbeitet wird.

*Abstimmung über die Einsparoption **E37 - Verzicht auf Gastspiele und je eine Produktion in Studio, Kleines Haus und Freilicht:***

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass der Erhalt des Freilichttheaters geprüft wird.

*Abstimmung über die Einsparoption **E38 - Reduzierung von künstlerischem Gastpersonal:***

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E39 – Aufhebung Kombiticket VGI:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E40 - Reduzierung bei der Statisterie sowie bei Abend-/Aushilfen:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E41 - Einsparung bei der Durchführung von Sonderveranstaltungen:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E42 - Verzicht auf die Tanztage 2027:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E43 - Reduzierung von Öffnungszeiten im Stadt- und Bauerngerätemuseum:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E44 - Amtsleitung wird nicht nachbesetzt

Stadträtin Pane verweist auf die Nachbesetzung der Leitung des Stadtmuseums. Nach Rücksprache mit dem derzeitigen stellvertretenden Leiter des Zentrums für Stadtgeschichte, würde dieser, ohne zusätzliche Vergütung, deren Posten übernehmen, teilt sie mit. Ihrer Meinung nach wäre das eine „Win-Win-Situation“ für das Stadtmuseum.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll versichert, dass das Zentrum Stadtgeschichte und die Museen auch in Zukunft nicht ohne Leitungsfunktion funktionieren müssen. Gespräche dazu haben bereits stattgefunden und sollen weitergeführt werden. Trotz der Kürzungen, was die Öffnungszeiten angehe, sei es der Stadtverwaltung wichtig, hier einen Nachfolger zu finden.

Herr Klein ergänzt, dass über einzelne Personen in der öffentlichen Sitzung nicht diskutiert werden sollte. Der explizite Wunsch des Kulturreferenten sei, die Thematik als Chance zu nutzen, um grundsätzliche Strukturen zu reflektieren und sich zu überlegen, wie man durch die nächsten Jahre kommen möchte. Es handle sich nicht um eine Schließung, sondern eher um eine Optimierung. Sobald der Kulturreferent wieder zur Verfügung stehe, möchte man das Thema wieder aufgreifen.

Abstimmung über die Einsparoption E44 - Amtsleitung wird nicht nachbesetzt:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E45 - Reduzierung der Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E46 - Reduzierung des Ankaufsetats

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E47 - Verschiebung der nächsten Sonderausstellung auf 2027

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E48 - Vorübergehender Verzicht auf Ankäufe für Sammlung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E49 - Wechsel Anbieter für Website

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E50 - Vorübergehender Verzicht auf Abendvorträge

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E51 - Veränderungen von Sonderausstellungen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E52 - Entfall eines zukünftigen Volontariats

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E53 - Einsparung der Bibliotheksstelle

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E54 - Halbierung der Stelle der Qualitätsbeauftragten für die Mittagsverpflegung für städtische Kindertageseinrichtungen und Schulen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E55 - Reduzierung der Sachverständigenkosten

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

- Einsparoption E56 - Reduzierung des Bürgerservices in allen Stadtteiltreffs**
- Einsparoption E57 – Weitere Reduzierung der Stellen im Quartiersmanagement Pius- und Konradviertel**
- Einsparoption E58 - Reduzierung der Stelle im Quartiersmanagement Augustin**
- Einsparoption E59 – Reduzierung Kinderangebote in den Stadtteiltreffs**

Die Einsparoption E56 - Reduzierung des Bürgerservices in allen Stadtteiltreffs, die Einsparoption E57 – Weitere Reduzierung der Stellen im Quartiersmanagement Pius- und Konradviertel, die Einsparoption E58 - Reduzierung der Stelle im Quartiersmanagement Augustin und die Einsparoption E59 – Reduzierung Kinderangebote in den Stadtteiltreffs werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Meier sagt, er würde diese Themen nochmal überdenken, da es sich hier um wichtige Sozialarbeit in den Quartieren und in der Stadt handle. Hier einzusparen, halte er für keine gute Idee.

Herr Fischer erklärt, dass der Stadtrat die Verwaltung damit beauftragt habe, 15 Prozent bei den freiwilligen Aufgaben einzusparen. Dieses Einsparvolumen habe man versucht durch verschiedene Maßnahmen umzusetzen. Damit mache man keine Strukturen kaputt, verdeutlicht er. Man könne alle drei Stadtteiltreffs in den Stadtteilen erhalten. Die Kürzungen von 15 Prozent würden sich sowohl beim Personal als auch bei den Budgets, die für Veranstaltungen zur Verfügung stehen, auswirken.

Stadtrat De Lapuente sei bewusst, dass diese Einschnitte weh tun. Man sei sich dessen bewusst, dass in den Quartieren gute Arbeit geleistet würde. Die SPD-Stadtratsfraktion möchte deshalb die Reduzierung von Kinderangeboten in den Stadtteiltreffs streichen und es somit bei den 9.000 Euro Sachkosten belassen.

Für Stadtrat Meier wäre dies eine Brücke, mit der er mitgehen könne, teilt er mit.

Stadtrat Köstler geht auf den Unterschied zwischen den Sach- und Personalkosten ein. Die Sachkosten würden lediglich in Material investiert werden, was den jugendlichen Kindern nur bedingt etwas nütze. Seiner Ansicht nach sei das Personal viel wichtiger an der Stelle. Insofern sehe er die Reduzierung der Sachkosten als in Ordnung an. Er plädiere mehr darauf, das Personal beizubehalten.

Herr Fischer weist darauf hin, dass in den Sachkosten auch Kosten für externe Übungsleiter enthalten seien, die z.B. ein Gruppenangebot für Kinder machen. Die Angebote würden nicht alle von den Quartiersmanagerinnen erbracht, sondern mit vielen Kooperationspartnern, die ehrenamtlich oder gegen eine geringe Übungsleiterpauschale einzelne Kurse oder Veranstaltungen umsetzen. Insofern könne man mehr ausrichten, wenn mehr Budget für externe Partner übrigbleibe. Man müsse beobachten, wie viel das hauptamtliche Personal, dessen Arbeitsstunden gekürzt werden, dann noch mit den reduzierten Kapazitäten leisten könne. Herr Fischer geht davon aus, dass es trotzdem einen positiven Effekt hätte, wenn das Sachkosten-Budget nicht ganz so stark reduziert würde, wie man es jetzt mit den 15 Prozent geplant habe.

Stadtrat Stachel bezieht sich auf E56 Reduzierung des Bürgerservices in allen Stadtteiltreffs. Die Ausgabe von gelben Säcken oder Biomülltüten sollte nicht eingestellt werden. Diese Produkte müsse man unter das Volk bringen, damit sie auch genutzt werden

Herrn Fischer sei wichtig, dass die verbleibenden Arbeitszeiten in den Stadtteiltreffs dann auch in qualifizierte Quartiersarbeit investiert werden können und nicht in die Ausgabe von Biomülltüten oder gelben Säcken. Der Stadtteiltreff sei kein Entsorgungsunternehmen. Hierfür seien die Wertstoffhöfe und die Ingolstädter Kommunalbetriebe zuständig, bei denen die Produkte abgeholt werden können. Für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger finde man sicherlich eine Lösung.

Stadtrat Stachel erwidert, dass diese Angebote, die man als Stadt Ingolstadt umgesetzt haben möchte, auch auf einfachen niederschweligen Weg an Ort und Stelle hin transportiert werden sollten. Wegen gelben Säcken fahre niemand extra zur Grüngutannahmestelle nach Weiherfeld oder in die Innenstadt. Die Produkte sollten seiner Meinung nach wohnortnah angeboten werden, wie zum Beispiel in den Stadtteiltreffs.

Stadträtin Kürten geht auf den Punkt E57 – Weitere Reduzierung der Stellen im Quartiersmanagement Pius- und Konradviertel ein. Dass die Angebote für Kinder drastisch reduziert werden sollen, sei auch für sie im ersten Moment erschreckend gewesen. Die offizielle Erklärung, dass dies jedoch sehr verträglich wäre, weil sich das Angebot an Schulen dementsprechend erhöhe im Viertel, beruhige sie. Falls dem nicht so sei, bitte sie darum, dies nochmals abzuklären.

Stadträtin Segerer möchte in diesem Zusammenhang nochmal darauf hinweisen, dass in der Stinnesstraße ein riesiges Wohnviertel entstehe. Der ursprüngliche Plan sei immer gewesen,

dass dort in irgendeiner Form auch eine gewisse Quartiersentwicklung entstehe. Mit den gekürzten Personalstunden erscheine ihr das allerdings nicht mehr sehr aussichtsreich zu sein. Sollte an diesem Ort nicht von Beginn an etwas installiert werden, befürchte sie, dass im schlimmsten Fall ein neuer sozialer Brennpunkt entstehe.

Herr Fischer sagt, er würde dies getrennt betrachten. Man gehe davon aus, dass mit den reduzierten Arbeitsstunden die derzeitigen drei Stadtteiltreffs mit Qualitätseinbußen rechnen müssen, aber weiterbetrieben werden können. Die Kürzungen der Kinderangebote halte man für vertretbar, da sich im Vergleich zum Einführungszeitpunkt mittlerweile auch die Anzahl der Familienstützpunkte verdoppelt habe. Es bestehen Kinderangebote in den Kindertagesstätten sowie an den Schulen. Herr Fischer betont, dass die Stadtteiltreffs alleine nicht das Kinderangebot für das ganze Stadtquartier vorhalten müsse. Es gebe viele zusätzliche Anbieter, die ebenfalls Angebote für Kinder zur Verfügung stellen. Das neue Quartier in der Stinnes- und Furtwänglerstraße soll von Anfang an als eine Filiale etabliert werden. Diesen Punkt würde man jedoch gesondert lösen und nicht im Rahmen der Konsolidierung.

Abstimmung über die Einsparoption E56 - Reduzierung des Bürgerservices in allen Stadtteiltreffs:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über die Einsparoption E57 – Weitere Reduzierung der Stellen im Quartiersmanagement Pius- und Konradviertel:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über die Einsparoption E58 - Reduzierung der Stelle im Quartiersmanagement Augustin:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über die Einsparoption E59 – Reduzierung Kinderangebote in den Stadtteiltreffs:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Die Einsparoption E59 wird abgelehnt.

Einsparoption E60 – Anpassung Erscheinungsrhythmus der Stadtteilzeitungen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E61 - Die Stadtteilstädte finden in einem 2-jährigen Rhythmus statt

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E62 - Aufsuchende Seniorenarbeit wird nicht umgesetzt

Einsparoption E63 - Reduzierung der Arbeit mit den Ehrenamtlichen

Einsparoption E64 - Einsparungen bei der Durchführung der Seniorenweihnachtsfeier

Einsparoption E65 - Wegfall der Seniorenfaschingsfeier

Die Einsparoption E62 - Aufsuchende Seniorenarbeit wird nicht umgesetzt, die Einsparoption E63 - Reduzierung der Arbeit mit den Ehrenamtlichen, die Einsparoption E64 - Einsparungen bei der Durchführung der Seniorenweihnachtsfeier und die Einsparoption E65 - Wegfall der Seniorenfaschingsfeier werden zusammen diskutiert und behandelt.

Stadtrat Semle sagt, er habe verstanden, dass das Fachpersonal auf dem Markt im Moment fehle. Das Programm sei jedoch zu 70 Prozent finanziert, weshalb er nochmal um eine Einschätzung bitte, ob man diesen Punkt tatsächlich rausnehmen möchte. Er befürchte, dass sich dies später negativ auf die Kosten auswirke.

Stadtrat Niedermeier stimmt Stadtrat Semle zu. Man müsse München nicht als Beispiel nehmen, aber die Stadt München kümmere sich sehr um die aufsuchende Seniorenarbeit.

Stadträtin Fuchs berichtet, wie wichtig den Senioren der Senioren Faschingsball sei und bittet darum, solange der Festsaal noch zur Verfügung stehe, diesen beizubehalten und später nach Alternativstandorten zu suchen. Auf die Weihnachtsfeier könne man ihrer Meinung nach verzichten, weil jede Seniorengruppe eine eigene Weihnachtsfeier organisiere. An Stadtrat De Lapuente gerichtet, schlägt sie vor, die künftigen Senioren Faschingsfeiern in seiner Turnhalle abhalten zu können.

Stadtrat Ettinger bittet darum, die Seniorenweihnachtsfeier zur Abstimmung zu stellen.

Oberbürgermeister Dr. Kern meint, dass die Punkte E64 und E65 auch in einer günstigeren Variante noch einmal geprüft werden können.

Stadtrat Stachel plädiert dafür, das Thema Senioren Faschingsfeier und Seniorenweihnachtsfeier so umzusetzen, wie vorgeschlagen, allerdings mit dem Hinweis, dass es für die Folgejahre schwierig wird, die Feiern weiterhin so durchzuführen und die Zeit nutzen sollte, um Kontakte aufzubauen, um eine Alternative zu finden. Er denke dabei an Kirchen, Vereine und Seniorengemeinschaften. Wenn man wisse, dass es das Angebot der Stadt Ingolstadt zukünftig nicht mehr gebe, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass man sich anderweitig mehr bemüht. Deshalb sei es wichtig, das Thema rechtzeitig zu kommunizieren, damit sich die Leute darauf einstellen können.

Stadtrat Dr. Böhm ist ebenfalls der Meinung, dass eine Umsetzung der aufsuchenden Seniorenarbeit sehr schwierig und teuer sei. Weiter macht er sich für den Erhalt der

Seniorenweihnachtsfeier stark. Anders als Stadträtin Fuchs, ist er der Ansicht, dass die Senioren Faschingsfeier selbst von „fitteren“ Senioren zu organisieren sei. Das Volk dürfe wieder lernen, sich selbst ein bisschen mehr zu engagieren.

Stadträtin Mader betont, dass es in den meisten Stadtteilen sehr gut organisierte Seniorengemeinschaften gebe, die selbst eine Weihnachts- und Faschingsfeier ausrichten. Insofern wäre es sehr ungerecht, den Senioren vorzuwerfen, dass Sie darauf warten würden, dass die Stadt Ingolstadt etwas anbiete.

Abstimmung über die Einsparoption E62 – Aufsuchende Seniorenarbeit wird nicht umgesetzt:

Mit Mehrheit der Stimmen:
Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über die Einsparoption E63 - Reduzierung der Arbeit mit den Ehrenamtlichen:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Abstimmung über die Einsparoption E64 - Einsparungen bei der Durchführung der Seniorenweihnachtsfeier:

Die Seniorenweihnachtsfeier soll weiterhin durchgeführt werden mit der Maßgabe einer Kostenreduzierung.

Abstimmung über die Einsparoption E65 - Wegfall der Seniorenfaschingsfeier

Die Seniorenfaschingsfeier soll weiterhin durchgeführt werden mit der Maßgabe einer Kostenreduzierung.

**Einsparoption E66 - Reduzierung der Zahl der Rentenberatungen
Einsparoption E67 - Keine Einführung der mobilen Jugendsozialarbeit an Schulen**

Die Einsparoption E66 - Reduzierung der Zahl der Rentenberatungen und die Einsparoption E67 - Keine Einführung der mobilen Jugendsozialarbeit an Schulen werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Werner berichtet, dass der VdK im vergangenen Jahr 3.357 Rentenberatungen durchgeführt habe, sogar mehr als das Versicherungsamt der Stadt Ingolstadt. Der VdK verfüge nicht über die Personalkapazität, dass er die Rentenberatungen voll übernehmen könne. Er spricht sich dafür aus, dass das Versicherungsamt der Stadt Ingolstadt, der VDK sowie ehrenamtliche Rentenberater ins Gespräch kommen sollten, um eine praktikable Lösung für die Menschen zu finden. Weiter stellt er sich die Frage, ob man sich wirklich Geld

spare, indem man die mobile Jugendsozialarbeit an Schulen streicht. Im Rahmen der Jugendhilfe sei dieses Angebot überwiegend präventiv tätig. Ziel der Jugendsozialarbeit an Schulen sei es, zu verhindern, dass die Kinder später mal ein Fall für härtere Maßnahmen in der Jugendhilfe werden. Erst dann wird es nämlich richtig teuer, betont Stadtrat Werner. Jede Inobhutnahme, die verhindert werden könne, spare gewaltige Summen. Deswegen tritt er mit der Bitte heran, diesen Punkt nochmal zu überdenken.

Herr Fischer betont, dass es nicht darum gehe, ein bereits vorhandenes Angebot zu streichen, sondern die geplante Einführung der mobilen Jugendsozialarbeit an Schulen zu verschieben, bis die Haushaltslage einen Personalaufbau in diesem Bereich zulasse. Die Verschiebung sei vertretbar, da es auch in der Vergangenheit keine mobile Jugendsozialarbeit an den Grundschulen gegeben hat – an allen Schulen in Ingolstadt, an denen ein Bedarf für eine JaS-Fachkraft mit mindestens hälftiger Arbeitszeit festgestellt worden sei, seien diese in den vergangenen Jahren eingerichtet worden. Hinsichtlich der über 200 Stellen, die bei der Stadtverwaltung eingespart werden müssen, sei er der Meinung, dass dieses Projekt derzeit nicht gestartet werden könne. Man halte das Konzept nach wie vor für sinnvoll und würde es so bald wie möglich umsetzen, wenn die Haushaltslage es zulasse. Was das Thema Rentenberatung angehe, sei eigentlich der Rentenversicherungsträger zur Beratung über seine eigenen Rentenleistungen und zur Ermöglichung der Rentenantragstellung verantwortlich und nicht die Stadt, so wie auch alle anderen Sozialversicherungsträger für ihre jeweiligen Leistungen verantwortlich sind. Der Bund habe im SGB IV die Kommunen verpflichtet, ein Versicherungsamt zu haben, welches zu allen Sozialversicherungszweigen berate, aber nicht für eine entsprechende Finanzierung dieser Aufgabe gesorgt. Auch fachlich sei es gar nicht möglich, als Kommune vertieft zu allen Fragen der verschiedenen Sozialversicherungszweige Auskunft zu geben. Es komme ohnehin niemand auf die Idee, dem Versicherungsamt Fragen zu seiner Krankenversicherung zu stellen, da die Krankenkassen vor Ort Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger haben. Die einzige Sozialversicherung, die bisher eine Beratungsstelle vor Ort verweigere, sei die Deutsche Rentenversicherung. Diese würden lediglich ein bis zweimal im Monat Sprechtage in Ingolstadt anbieten, verdeutlicht Herr Fischer. Im Vergleich zu anderen Großstädten und teilweise kleineren Städten in denen die Rentenversicherung jeweils eigene Auskunfts- und Beratungsstellen unterhalte, sei das Angebot der Rentenversicherung in Ingolstadt eine Frechheit. Dass die Stadt Personal abbaue, habe wirklich massive Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr seien es um die 3.000 Vorsprachen, die dann die Rentenversicherung auffangen müsste. Die Stadt könne jedoch nicht immer für andere Leistungsträger einspringen, die eigentlich in der Verpflichtung wären.

Stadtrat Werner sagt, er habe viel Verständnis für die Position der Stadtverwaltung. Nichtsdestotrotz könne man das Fehlverhalten der Deutschen Rentenversicherung nicht auf den Rücken der betroffenen Menschen austragen. Deshalb plädiere er dafür, mit Organisationen zu sprechen, die auf diesem Gebiet bereits tätig seien und über fachliche Kompetenz verfügen. Der VdK verfüge über drei Sozialversicherungsangestellte, die sich sehr gut auskennen. Man habe nur nicht die Kapazität, das Spektrum voll zu übernehmen. Aber man sollte miteinander sprechen, wie man die Situation für die Menschen verbessern könne.

Stadtrat De Lapuente betont, dass sich die Stadtverwaltung bereits im Austausch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund befinde und dieser bereits vor eineinhalb Jahren teilweise Gespräche oder Beratungstermine mit übernommen habe. Trotzdem müsse man weiter versuchen, die Deutsche Rentenversicherung dazu zu bringen, vor Ort langfristig eine

Außenstelle zu errichten. Ingolstadt bekomme immer mehr Einwohner und dementsprechend auch mehr Rentenanträge in den nächsten Jahren.

Stadträtin Segerer sagt, sie möchte sich explizit für die mobile Jugendsozialarbeit an Schulen einsetzen. Ihrer Ansicht nach sei dies ein absolut notwendiges Angebot. Die Zahl der Kinder mit nicht diagnostiziertem Förderbedarf nehme drastisch zu in den Kitas und Grundschulen. Für Kinder, die von Start weg mit Nachteilen in die Schule kommen, sei dies eine unmittelbare Unterstützung, insbesondere für Kinder, die eher unauffällig sind.

Oberbürgermeister Dr. Kern antwortet, dass der Status Quo an den Schulen erhalten bleibe. Es gehe lediglich darum, die Angebote nicht weiter auszubauen.

Stadträtin Segerer betont, dass es ihr um den Ausbau der mobilen Stellen gehe, da nur ein paar Schulen davon profitieren würden und man jetzt noch gar nicht wisse, wo wirklich ein Bedarf vorliege. Es gebe Kinder, die sich nicht melden. Diese würden irgendwann verloren gehen, wenn es kein Angebot an Schulen gebe.

Stadträtin Pane bestärkt, wie wichtig Jugendsozialarbeit an Schulen sei. Der Vergleich, dass man die Angebote vor 50 Jahre auch nicht gebraucht habe, könne man heute nicht mehr zählen lassen. In der heutigen Zeit brauche man ganz dringend Jugendsozialarbeiter, die sich um Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, kümmern. Nicht jeder Schüler vertraue sich einem Lehrer an. Hier brauche es jemanden von außen, der mit dem Schulgefüge nichts zu tun habe.

Frau Wendl stellt klar, dass die JaS noch nicht eingeführt sei. Die Einführung wäre eine neue Maßnahme im Jahr 2026, die man mit Blick auf die vorläufige Haushaltsführung ohnehin nicht umgesetzt werden könne. Die Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung würden im nächsten Jahr nochmals an manchen Stellen verschärft werden, insbesondere was freiwillige Themen wie z.B. Feierlichkeiten angehe. Für das nächste Jahr habe man eine Unterdeckung in den Planungen von 104 Mio. Euro, welche man über Kassenkredite finanzieren müsse. Je später man damit beginne, den Haushalt zu entlasten, desto früher gerate man gegebenenfalls in die Situation, dass man mit diesem Kassenkreditvolumen nicht zurechtkomme.

Stadtrat Dr. Schickel seien die harten Fakten bewusst. Auf der anderen Seite gebe er seinen Vorrednerinnen jedoch recht. Lehrer wissen nicht, was die Kinder zum Teil für Päckchen mit sich herumschleppen. Die Lehrer kriegen dies erst dann mit, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Man bekomme diese Meldungen der Kindeswohlgefährdung erst über die JaS mit. Aus diesem Grund tue sich Stadtrat Dr. Schickel schwer, für die Vorlage der Verwaltung zu stimmen, da er sich hier in der Verantwortung als Schulleiter sehe und in der Verantwortung gegenüber den Kindern, die ihm anvertraut seien.

Stadtrat Schäuble sagt, er verstehe den Ärger des Sozialreferenten über die Deutsche Rentenversicherung. Dies sei ein Thema, welches die ganze Region 10 betreffe. Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, zusammen mit den Landräten der Regionen nochmal einen Anlauf zu versuchen, bei der Deutschen Rentenversicherung eine Außenstelle für die Region zu erwirken. Wenn dieses Thema auf politischer Ebene nochmal vorangetrieben würde, würde dies ein deutliches Signal senden.

Stadtrat Meier schließt sich den Beiträgen seiner Vorrednerinnen zur Jugendsozialarbeit an Schulen an. Wenn man erst dann reagiere, wenn man Probleme erkenne, sei es bereits viel zu spät. Dann benötige man ein Vielfaches an Security und anderer Sozialarbeiter.

Stadtrat Reibenspieß teilt ebenfalls die Meinung seiner Vorredner bezüglich der Jugendsozialarbeit. Die Dunkelziffer an Schulen sei wesentlich höher. Er selbst habe über 40 Jahre in diesem Beruf gearbeitet und wisse, wie dringend notwendig die JaS sei, gerade in Grund- und Mittelschulen, um einen Unterricht überhaupt zu ermöglichen. Die Fälle würden Jahr für Jahr zunehmen. Die Wichtigkeit dieser Arbeitsstelle sei eigentlich sehr deutlich zu sehen.

Stadtrat Mißbeck vertritt die Meinung, dass es nicht immer notwendig sei, alles über Sozialangebote zu lösen. Einrichtungen wie z.B. Sportvereine würden Kinder mit sieben Jahren noch gut formen können. Die Zugehörigkeit in einem Sportverein stärke den Teamgeist in einer Mannschaft und lerne Kindern auch, sich einzugliedern und umgekehrt auch Rückgrat zu haben. Eine sozial betreute Einrichtung sei sicherlich notwendig, aber der Sport sei sicherlich eine Möglichkeit, dies zu unterstützen.

Stadtrat Wöhlr verstehe die Problematik und trotzdem sei das Geld nicht dafür da, um das Instrument neu einzuführen.

Stadtrat Reibenspieß sagt, er müsse Stadtrat Mißbeck widersprechen. Bedauerlicherweise könne man nicht alles auf irgendeinen Verein übertragen. Die Arbeit, welche die JaS leiste, sei qualifizierte fachliche Arbeit. Es gehe weiter über das hinaus, was Stadtrat Mißbeck angesprochen habe. Die Probleme, die Kinder mit sich herumtragen, könne kein Verein lösen.

*Abstimmung über die Einsparoption **E66 - Reduzierung der Zahl der Rentenberatungen:***

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass gemeinsam mit den umliegenden Landkreisen weitere Gespräche mit der Deutschen Rentenversicherung hinsichtlich einer möglichen Außenstelle geführt werden.

*Abstimmung über die Einsparoption **E67 - Keine Einführung der mobilen Jugendsozialarbeit an Schulen:***

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Einsparoption E68 - Verlagerung einer Planstelle in das Jobcenter

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E69 - Veränderung der Neugeborenenbegrüßung

Stadtrat Wöhrl teilt mit, dass sich die CSU-Stadtratsfraktion für die Variante 1 der E69 ausspreche.

Stadträtin Leininger fragt, was die Neugeborenenbegrüßung umfasse. Abgesehen vom Handtuch sei dies eine Möglichkeit, allen Familien wichtige Informationen zu geben, die über die Begrüßung hinaus auch Angebote enthielten. Die Informationen seien entscheidend. Wenn die Begrüßung weniger aufwendig gestaltet werde, bestehe kein Einwand, solange die Informationsweitergabe gewährleistet sei. Sie möchte wissen, ob die Informationsweitergabe weiterhin bestünde und in welcher Art diese dann erfolge. Wichtige Hinweise zu Bedürfnissen von Kleinkindern und zu Anlaufstellen seien notwendig. Dieser Informationskanal sollte damit erhalten bleiben.

Die Kosten entstünden durch Sachkosten für das Handtuch sowie den Versand als Kleinpaket, erklärt Herr Fischer. Bei einer Umstellung auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters mit ergänzenden Informationen fielen lediglich das Briefporto an. Die wichtigsten Informationen für neue Eltern könnten beigelegt werden. Später stünden entsprechende Onlineangebote zur Verfügung. Alle altersgestaffelten Briefe des Landesjugendamts seien online abrufbar; auf diese Links sowie auf lokale Angebote könne hingewiesen werden.

Die Neugeborenenbegrüßung solle nicht vollständig aufgegeben, sondern beibehalten werden, so Stadtrat Stachel. Die Größe des Geschenks sei unerheblich; wichtig sei, dass die Stadt den Kontakt zu den Eltern herstelle und die relevanten Informationen übermittle. Verwaltungskosten ließen sich nicht ganz vermeiden, da die Unterlagen erstellt und verschickt werden müssten. Der Warenwert und das Paket könnten jedoch eingespart werden.

*Abstimmung über die Einsparoption **E69 - Veränderung der Neugeborenenbegrüßung:***

Mit allen Stimmen:

Die Einsparoption E69 Variante 1 wird entsprechend dem Antrag genehmigt.

Einsparoption E70 - Reduzierung Soziale Trainingsklasse

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E71 - Reduzierung von Sachverständigenkosten

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E72 - Nichtdotierung des Familienplanungsfonds

Frau Assenbaum erläutert, dass der Familienplanungsfonds eingeführt worden sei, um jeder Frau, jedem Mann und jeder Familie die selbstbestimmte Entscheidung über Schwangerschaften und Verhütung zu ermöglichen. Der Fonds sei mit Zustimmung des Stadtrats in Höhe von 30.000 Euro eingerichtet worden und habe die reproduktiven Rechte gestärkt. Rückmeldungen aus Beratungsstellen und Einrichtungen bestätigten den Erfolg. Frauen könnten dadurch Ausbildung und Beruf besser verfolgen und Altersarmut vorbeugen. Der Fonds sei jedoch bereits auf 15.000 Euro reduziert worden, was künftig eine vollständige Bewilligung aller Anträge erschwere. In den vergangenen Jahren seien durchschnittlich 18.000 bis 19.000 Euro für Verhütungsmittel für Menschen in prekären Lebenslagen verwendet worden. Ohne Unterstützung steige das Risiko ungewollter Schwangerschaften, auch bei gesundheitlich belasteten oder suchtkranken Frauen. Die Altersgrenze der Krankenkassenübernahme bis 22 Jahre sei nicht mehr realistisch. Eine Streichung des Fonds würde eine wichtige Hilfe für Frauen in schwierigen Situationen beseitigen und langfristig höhere Kosten verursachen, etwa durch Jugendhilfefälle oder Kinder mit fetalem Alkoholsyndrom. Der Fonds trage zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und Abtreibungen bei und reduziere Folgekosten.

Im Jahr 2020 sei der Familienplanungsfonds auch auf seine Initiative hin eingeführt worden, weshalb es jetzt schwerfalle, diesen wohl wieder aufgeben zu müssen, bedauert Herr Fischer. Im Jahr 2025 hätten im Bereich der Anspruchsberechtigten aus dem Bereich Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag 50 Personen profitiert, davon 47 Frauen und drei Männer. Bei einer Fortführung bestünden haushaltsrechtliche Probleme, da es sich um eine freiwillige Leistung ohne Rechtsanspruch handle. Zudem seien zusätzlich zu den in der Sitzungsvorlage genannten Sachkosten für Verhütungsmittel noch die Personalkosten für die Bearbeitung und Auszahlung der Anträge zu berücksichtigen, wenn entgegen des Verwaltungsvorschlags der Fonds nicht vorübergehend ausgesetzt werden solle. Da die Bearbeitung der Anträge nach dem im Rahmen des Stadtratsbeschlusses vom Juni 2025 erfolgten Personalabbau des rein kommunal finanzierten Personals dann nur durch bisher vom Bund finanziertes Personal des Jobcenters übernommen werden könne. Da es sich aber nicht um eine gesetzliche Aufgabe des SGB II handle, könnten diese Personalkostenanteile künftig nicht mehr mit dem Bund abgerechnet werden. Es werde angemerkt, dass die Stadt mit dem Familienplanungsfonds freiwillig bundesgesetzliche Regelungen korrigiere – der Gesetzgeber habe im SGB V festgelegt bis zu welchem Alter und in welchen weiteren Sonderfällen Kosten für Verhütungsmittel als Krankenkassenleistung übernommen werde. Wenn man dies sozialpolitisch für unzureichend halte, müssten eigentlich entsprechende Gesetzesinitiativen auf Bundesebene ergriffen werden und nicht Leistungen auf kommunale Kosten erbracht werden. Seit der Entscheidung zur Einführung des Familienplanungsfonds in Ingolstadt, habe sich der berechnete Personenkreis durch Reformen wie Wohngeld Plus deutlich bis in die Mittelschicht ausgeweitet. Hier stünden ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, um Maßnahmen der Familienplanung selbst zu finanzieren. Auch die Regelsätze im Bürgergeld seien seit 2020 um über 130 Euro bzw. um 30 % erhöht worden, was ebenfalls dazu führe, dass Kosten für Verhütungsmittel im Regelfall heute leichter auch von Beziehern existenzsichernder Leistungen selbst getragen werden können, als im Jahr 2020 als man die Einführung des Fonds für erforderlich erachtete.

Im vergangenen Jahr seien es 188 und im Jahr 2025 bis dato 118 Antragsstellerinnen und Antragssteller, informiert Frau Assenbaum.

Herr Fischer stellt fest, dass es sich bei den soeben von Frau Assenbaum genannten Zahlen gerade nicht um die Zahl der Personen der Antragssteller, sondern um die Zahl der Anträge handle, die aufgrund von Mehrfachanträgen im Jahr höher ausfalle.

Es werde bestätigt, dass es sich um Anträge handle, wobei Mehrfachanträge beispielsweise bei Pillenrezepten vorkämen, erklärt Frau Assenbaum. Frauen mit Spirale stellten hingegen nur einen Antrag. Wenn es lediglich 50 Personen seien, sollte überlegt werden, ob man diesen wenigen Menschen nicht weiterhin eine große Hilfe gewähre. Es könnten Einsparungen, etwa durch Ausschluss bestimmter Rechtskreise oder teurer Maßnahmen wie Sterilisationen, getroffen werden. Auch organisatorische Alternativen, wie die Übernahme durch Beratungsstellen oder andere Modelle aus Kommunen könnten geprüft werden. Sie plädiert dafür, Lösungen zu finden, um Frauen und Familien zu unterstützen, statt mit Kürzungen langfristige Folgekosten zu verursachen.

Stadträtin Segerer betont, wie wichtig es sei, wie sich der Familienplanungsfonds so organisieren oder einsparen ließe, dass auch mit einem kleineren Budget eine gewisse Wirkung erzielt werde. Die Bedeutung des Fonds sei unbestritten und sei durch Frau Assenbaum ausführlich dargelegt worden.

Stadträtin Pane erinnert sich, dass bereits in einer früheren Sitzung über die Situation von Frauen gesprochen worden sei, die in Ingolstadt ungewollt schwanger würden und eine Abtreibung wünschten. Diese Frauen würden weder in Nürnberg noch in München gern aufgenommen, und auch im Klinikum Ingolstadt gebe es keine entsprechende Stelle, was zu Verzweiflung führe. Sie überlegt, ob man den Fonds wirklich streichen oder das vergleichsweise geringe Budget beibehalten solle, um solche Fälle zu reduzieren.

Stadträtin Mader schließt sich den Worten seitens Frau Assenbaum an. Eigentlich habe sie der Reduzierung auf 15.000 Euro zustimmen wollen, doch nach den Ausführungen seitens Herrn Fischer bittet sie jedoch, sich intern in der Verwaltung nochmal abzusprechen und eine tragfähige Lösung für Frauen und Familien zu finden. Es sei sehr wichtig, hilfsbedürftige Frauen und Familien zu unterstützen. Jede ungewollte Schwangerschaft und insbesondere jeder Schwangerschaftsabbruch wäre eine fatale Konsequenz.

Der Eindruck bestehe, dass es weniger um Geld als um die notwendige Personalstelle gehe, um die Umsetzung zu gewährleisten, so Stadträtin Peters. Sie schlägt vor, erneut nach einer Lösung zu suchen, wer die Aufgabe übernehmen könne. Falls es doch um Geld gehe, macht sie das Angebot, ihre eigene Aufwandsentschädigung für das gesamte Jahr zur Verfügung zu stellen.

Herr Fischer sagt zu, den Auftrag mitzunehmen, gemeinsam mit den Schwangerenberatungsstellen und weiteren Beteiligten eine alternative Lösung für die künftige Organisation zu erarbeiten. Dabei solle auch der berechtigte Personenkreis überprüft werden, etwa ob der Bezirk frühere Leistungen wieder übernimmt und ob sich durch Rechtsänderungen Einkommensbereiche ergeben hätten, die keine Förderung mehr benötigen. Zudem solle geklärt werden, wer die Umsetzung übernehmen könne, um eine tragfähige Lösung zu finden.

Stadtrat Bannert bittet darum, den Antrag E72 nicht abzustimmen, sondern den Inhalt der Ausführungen von Herrn Fischer nachzuvollziehen. Der Stadtrat solle bei künftigen Einsparmaßnahmen oder Änderungen, die alle Seiten zufriedenstellen, erneut informiert und

eingebunden werden. Er hätte dieser Einsparoption der Verwaltung so nicht zugestimmt, so Stadtrat Bannert.

*Abstimmung über die Einsparoption **E72 - Nichtdotierung des Familienplanungsfonds:***

Die Einsparoption E72 wird zurückgestellt, mit der Maßgabe, dass die Thematik seitens der Verwaltung nochmal überprüft wird.

Einsparoption E73 - Flächenoptimierung durch Büroraumkonzepte/Home-Office

Stadtrat Witty möchte zum Punkt E73 wissen, ob es sich hier schon um die Obergrenze des Machbaren handle.

Herr Hoffmann erklärt, dass es sich hierbei um ein Gemeinschaftswerk handle. Ziel sei, 20 bis 30 Prozent der Arbeitsplätze zu sparen, um dadurch 10 Prozent aller Flächen einsparen zu können. Bei den Konzepten zur Umsetzung „moderner Arbeitswelten“ müsse man jedoch nicht nur Arbeitsplätze wegnehmen und andere multifunktional ausstatten, sondern auch etwas dazu geben. Damit die Belegschaft dann überhaupt vernünftig arbeiten könne, brauche es z.B. an der einen oder anderen Stelle eine Teeküche mehr, die man bisher nicht habe. Wenn Büros offener gestaltet werden sollen, benötige man einen Schallschutz etc., was bedeute, dass der Wegfall von Arbeitsplätzen nicht völlig kongruent und linear zum Wegfall der Quadratmeter gelte. Aber 10 Prozent müsse nicht das Ende der Fahnenstange sein, betont Herr Hoffmann.

Herr Kuch sagt, dass der entscheidende Punkt sei, dass man mit dieser Geschichte vorankomme. Es sei noch Luft nach oben. Je schneller man mit dem Thema Digitalisierung und Automation vorankomme, desto schneller können diese Konzepte umgesetzt werden.

Stadtrat Dr. Lösel gibt Herrn Hoffmann recht. Es sei sehr schwierig, Desksharing Modelle in kleinen Büroräumen umzusetzen, was bedeute, dass das Konzept mit immer noch größeren Büroräumen oder mehreren Büros einhergehe. Stadtrat Dr. Lösel spreche aus Erfahrung, da er selbst 120 Mitarbeiter auf 80 Arbeitsplätze unterbringen müsse. Dies funktioniere nur mit sehr großen Büros, mit jeweils zehn Mitarbeitern. Man benötige Schallschutz, plötzlich zwei Container und abschließbare Spinde, da die Leute ihr Zeug unterbringen müssen. Nichtsdestotrotz plädiere er dafür, das Thema weiter voranzubringen, mit der Bitte, in der nächsten Sitzung eine genaue Darstellung mitzubringen, wie die Homeoffice Regelungen bei der Stadt Ingolstadt sind, welche Ämter in welcher Quote Homeoffice in Anspruch nehmen. Nicht alles lasse sich nämlich über Digitalisierung lösen. Oftmals möchte nämlich ein Bürger auch einen persönlichen Ansprechpartner vor Ort haben. Auch handtuchgroße Pläne über einen Laptop zu zeigen sei sinnlos, da viele Leute mit diesen Tools nicht umgehen können. Insofern bitte er darum, sich zu überlegen, bei welchen Raumstrukturen das Konzept überhaupt funktioniere.

Herr Hoffmann antwortet, dass bei der Konzeptionierung, die von Stadtrat Dr. Lösel angesprochenen Sachen bereits hinterlegt seien und man diese einem der nächsten Sitzungsläufe darstellen könne.

Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass es ihm persönlich wichtig sei, die kleinen, versprengten Anmietungen möglichst aufzulösen und in Einheiten zusammenzurücken.

Herr Kuch ergänzt, dass eine der primären Zielsetzungen dieses Konzepts sei, möglichst schnell diese kleinen Einheiten aufzugeben, was bisher schwierig war. Eines der konzeptionellen Inhalte sei, das Thema Sachbearbeitung und persönlicher Kontakt zu entkoppeln. Dies setze eine entsprechende Digitalisierung voraus, damit Akten digital zur Verfügung stehen. Herr Kuch schlägt vor, dass Thema Homeoffice in eine der nächsten Sitzungen im Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht aufzugreifen.

An Stadtrat Witty gewandt, informiert Herr Hoffmann, dass die Sachkosten, die als Ersparnis drinstehen, frühestens ab 2027 gelten. Die 10-prozentige Ersparnis sei damit heute noch nicht erreicht.

Stadträtin Peters sagt, dass sie viel Vertrauen in die Führungskräfte der Stadtverwaltung habe. Gleichzeitig habe sie auch die Erwartung, dass diese das Thema selbstständig lösen. Sie halte es für übertrieben, sich in ihrer Rolle als Stadträtin damit auseinanderzusetzen.

Abstimmung über die Einsparoption E73 - Flächenoptimierung durch Büroraumkonzepte/Home-Office:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E74 - Reduzierung der Reinigungshäufigkeit in Büros ohne Parteiverkehr

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

**Einsparoption E75 - Schließung des Lehrschwimmbeckens GS Kolumbus
Einsparoption E76 - Schließung/Abriss alter Turnhallen**

Die Einsparoption E75 - Schließung des Lehrschwimmbeckens GS Kolumbus und die Einsparoption E76 - Schließung/Abriss alter Turnhallen werden gemeinsamen diskutiert und behandelt.

Herr Hoffmann informiert, dass die Punkte E75 und E76 zurückgezogen werden müssen. Es handle sich um Optionen, bei denen die Prüfung ergeben habe, dass man sich am Bauunterhalt nichts spare, da sowohl die Schulschwimmbecken als auch die Hallen noch in schulischen Betrieb seien. Die Beförderungskosten der Schule, die man dadurch entstehen würden, dass diese Veranstaltungsorte wegfallen, wären höher als das, was sich das Baureferat dort sparen würde. Insofern bitte er darum, diese Punkte als zurückgezogen anzusehen.

*Abstimmung über die Einsparoption **E75 - Schließung des Lehrschwimbeckens GS Kolumbus:***

Die Einsparoption E75 wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

*Abstimmung über die Einsparoption **E76 - Schließung/Abriss alter Turnhallen:***

Die Einsparoption E76 wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

Einsparoption E77 - Reduzierung von Planungsleistungen

Stadtrat Wöhrl möchte zu Punkt E77 wissen, welche Leistungen insgesamt oder im Jahr erbracht werden.

Frau Wittmann-Brand erklärt, dass es sich hierbei um die Reduzierung von 0,5 VZÄ's handle. In der pauschalen Kürzung habe man die 8,5 VZÄ's als pauschale Kürzung erbringen müssen und im Rahmen der Aufgabenkritik eine weitere Personalkosteneinsparung. Aufgrund einer altersbedingten Fluktuation bekomme man eine halbe Stelle frei im Stadtplanungsamt. Dadurch könne man die Beratungsleistungen weniger intensiv anbieten, was zur Folge hat, dass Rückläufe unter Umständen es etwas länger dauern. Die Beratungen finden allerdings weiterhin statt.

*Abstimmung über die Einsparoption **E77 - Reduzierung von Planungsleistungen:***

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E78 - Verzicht auf Stadtheimatpfleger

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E79 - Aussetzen der Straßenzustandsbefahrung

Stadtrat Schülter möchte zu Punkt E79 wissen, was unter der Straßenzustandsbefahrung zu verstehen sei.

Herr Hoffmann antwortet, dass für den Zustand der Straßen weiterhin die motorisierten, mobilen Straßenwärter zuständig seien. Regelmäßige, computer- und kameragestützte Befahrung würde man dagegen derzeit aussetzen, weil diese Geld kosten.

Frau Wittmann-Brand ergänzt, dass die Leistung nicht selbst von der Stadt übernommen, sondern diese fremdvergeben wird. Es handle sich hierbei um einen sog. Infra3D-Service,

welchem man aussetzen würde. Im Regelfall führe man dieses alle zwei Jahre durch. Der Vorschlag der Verwaltung wäre, diesen Turnus zu verlängern.

Herr Hoffmann bejaht die Nachfrage von Stadtrat Schülter, ob die regelmäßigen Mängelbefahrungen der Straßen nach wie vor stattfinden.

Stadtrat Lösel informiert, dass sich das Thema Straßenzustandsbefahrung automatisieren lasse. Unter den städtischen Fahrzeugen würden einfach und mit wenig Aufwand Sensoren angebracht werden können. Inzwischen gebe es Standard Tools und die Frage sei, ob man sowas mit Hilfe von KI nicht komplett einführen möchte.

Frau Wittmann-Brand sagt, sie gehe hier sehr gerne in den Austausch, vor allem wenn es den Haushalt nicht weiter belaste.

Stadtrat Dr. Meyer hält dies ebenfalls für eine hervorragende Idee. Deshalb habe die JU bereits vor fünf Jahren einen Antrag dazu gestellt, dass Fahrzeuge, die ohnehin auf städtischen Straßen unterwegs seien, entsprechend mit Sensorik ausgerüstet werden, welche die Straßenzustände automatisch erfasse. Er möchte in Erfahrung bringen, inwieweit man sich schon in diese Richtung bewegt habe.

Frau Wittmann-Brand berichtet, dass seitens des Referates für Stadtentwicklung und Baurecht noch nichts passiert sei. Es handle sich um ein Digitalisierungsprojekt und müsste demnach vom Personalreferenten priorisiert werden.

Herr Hoffmann informiert, dass das Referat für Hoch- und Tiefbau bereits etwas passiert sei. Man habe bereits mit einem Anbieter für Smart-City Angebote Kontakt aufgenommen. Man hätte auch ein Pilotprojekt erarbeitet, was sich im Moment jedoch finanziell nicht umsetzen lasse. Hier sei auch LoRaWAN, gemäß einem Antrag der Gruppe FDP-JU, integriert gewesen.

Stadtrat Dr. Lösel sagt, dass das Thema LoRaWAN in Ingolstadt insoweit vorbereitet sei, dass es drei Antennen gebe, die extra deswegen installiert worden seien. Die Frage sei, ob man durch einen bloßen Zukauf von Sensorik schon weiterkomme. Das teure an den Projekten seien nämlich die Antennen-Infrastruktur und nicht die smarten Gadgets.

*Abstimmung über die Einsparoption **E79 - Aussetzen der Straßenzustandsbefahrung:***
Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E80 - Einstellung des Bildflugs

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E81 - Einstellung des internen GIS-Schulungssupports

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E82 - Schulwegplan nur noch digital

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E83 - Stellenumwandlung und Aufgabenbündelung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E84 - Umschichtung von EDV-Aufgaben und Aufgabenbündelung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E85 - Abbau von Abfalleimern an gering frequentierten Stellen

Stadtrat Witty möchte wissen, wie Herr Dr. Schwaiger den Abbau von Abfalleimern einschätze und ob damit mehr Arbeit auf die INKB zukomme.

Herr Dr. Schwaiger antwortet, dass hierfür das Gartenamt zuständig sei. Weiter berichtet er, dass vor zwei Jahren am Brombachsee bewusst an Orten von Freizeitanlagen sämtliche Abfalleimer entfernt worden seien. Der Anblick sei nicht besonders sauber, aber das Müllvolumen habe sich im Ergebnis gewaltig reduziert.

Frau Wittmann-Brand teilt mit, dass es sich um die Abfalleimer in den Grünflächen handle, wofür selbstverständlich das Gartenamt zuständig sei. Im Moment seien es 700 Mülleimer, die betreut werden, welche man um 20 Prozent verringern möchte. Die Auswirkungen könne man im Detail schwer abschätzen. Man würde ein Stück weit auf eine erhöhte Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzen müssen. Dies zeige sich dann auch über die Mängelmelder. Abfalleimer an Standorten im Piuspark habe man bereits reduziert. Demzufolge erreiche die Stadt entsprechendes Bildmaterial.

Abstimmung über die Einsparoption E85 - Abbau von Abfalleimern an gering frequentierten Stellen:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E86 - Temporärer Abbau/Sperrung von gering frequentierten Spielplätzen

Stadtrat Stachel möchte in Erfahrung bringen, ob es entsprechende Alternativen für Nutzer vor Ort gebe, welche im räumlichen Umfeld dann auch wirklich vorhanden seien.

Frau Wittmann-Brand informiert, dass man sich bereits überlegt hat, an welchen Standorten man dies umsetzen möchte. Insgesamt habe man 12 Standorte herangezogen, welche weniger frequentiert sind. Die Standorte, die in Frage kämen, möchte man mit dem jeweiligen Bezirksausschuss diskutieren. Es sei Aufgabe des Gartenamtes, die Geräte zurückzubauen. Die Grünfläche an sich bleibe als Freifläche im Quartier erhalten.

Stadträtin Mader möchte wissen, was mit den rückgebauten Spielgeräten passiere. Sie fände es schade, wenn noch taugliche Spielgeräte einfach irgendwo eingelagert würden.

Frau Wittmann-Brand ergänzt, dass es 157 städtische Spielplätze gebe. Das Gartenamt betreue zusätzlich noch 34 Einzelgeräte wie Tischtennisplatten, Skateranlagen etc. sowie 50 Bolzplätze. Was die Spielgeräte angehe, möchte man die Spielplätze zurückbauen, bei denen die Geräte in die Jahre gekommen seien. Inwiefern diese recycelt werden können, würde sich zeigen.

Stadtrat Dr. Böhm stellt fest, dass die Stadt Ingolstadt über 100 Kinderspielplätze verfüge. Er gibt zu bedenken, dass dies zu einer Zersplitterung führe und die Qualität leide, da viele Plätze nur minimal ausgestattet seien. Er schlägt vor, einige Spielplätze zu streichen, um die Ausstattung der verbleibenden zu verbessern.

Frau Wittmann-Brand erklärt an ihren Vorredner gewandt, dass die Qualität der Spielplätze unterschiedlich sei. Neue Anlagen wie am Schwarzen Weg, im Piuspark oder im Klenzepark seien sehr gut ausgestattet. Es gebe verschiedene Typen von Spielplätzen für unterschiedliche Altersgruppen und Standorte, was zu einer gemischten Situation führe.

Stadtrat Dr. Böhm fragt an Frau Wittmann-Brand gewandt, wie viele Spielplätze Ingolstadt habe.

Frau Wittmann-Brand antwortet an ihren Vorredner, dass es 157 städtische Spielplätze gebe.

Stadtrat Dr. Böhm stellt fest, dass bei der hohen Zahl an städtischen Spielplätzen ein riesiger Aufwand anfallt.

Frau Wittmann-Brand bestätigt die Aussage ihres Vorredners.

Stadtrat Bannert stellt fest, dass wohl niemand gewusst habe, dass es 157 städtische Spielplätze gebe. Er bittet darum, den Stadtrat zu informieren, wo sich diese Spielplätze befinden. Falls dies nicht möglich sei, bittet er darum, ihm mitzuteilen, wo er sich nach den Standorten selbst erkundigen kann. Zudem sollen, die zwölf Spielplätze, die abgebaut werden sollen, im Protokoll benannt werden, da dies nicht nur den Bezirksausschüssen bekannt sein dürfe.

Frau Wittmann-Brand erklärt, dass ein Plan mit allen Spielplätzen existiere und online verfügbar sei. Dieser könne zur Verfügung gestellt werden. Erste Vorschläge zum Rückbau seien bereits kartiert, sollen aber vorerst mit den BZAs besprochen werden. Die BZAs sollten eng eingebunden werden, auch durch gemeinsame Vor-Ort-Besichtigungen zusammen mit dem Gartenamt.

Stadtrat Over weist Stadtrat Bannert auf das GIS hin, in dem man neben den Spielplatzstandorten noch viel mehr abrufen könne.

Abstimmung über die Einsparoption E86 - Temporärer Abbau/Sperrung von gering frequentierten Spielplätzen:

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E87 - Verringerung der Wechselflorbepflanzung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E88 - Einstellung der Planung und Fachberatung für andere Ämter

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E89 - Aussetzung der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen

Stadträtin Leininger meint, dass sich ein Großteil der Anfragen und Anträge der Bezirksausschüsse (BZAs) auf Themen des Gartenamts beziehe. Wenn diese Möglichkeit gestrichen werde, seien die BZAs ihrer Handlungsfähigkeit beraubt. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne dies vollständig ab und erinnere daran, dass bei der damaligen Kürzung ihres Etats gesagt wurde, dass die BZA weiterhin Anträge stellen und sich auf diese Weise beteiligen könnten. Wenn man ihnen das Stellen von Anfragen und Anträgen auch noch nehme, könne man die BZAs und das Jugendparlament gleich abschaffen. Sie betont, dass sich die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar gegen eine solche Maßnahme ausspreche.

Frau Wittmann-Brand betont, dass es nicht darum gehe, die freiwilligen Gremien wie BZAs oder Jugendparlament infrage zu stellen. Der Bürgerhaushalt und die jährlichen 30.000 Euro Budget für Bürgerwünsche im Gartenamt seien gestrichen worden. Anträge ohne Finanzmittel könnten weiterhin gestellt werden. Im Gartenamt sei bereits Personal gekürzt worden und weitere Kürzungen stünden bevor, sodass die Umsetzung von Bürgerwünschen aus denen zusätzlich Kosten resultieren, nicht möglich sei. Dennoch solle der

vertrauensvolle Austausch mit den BZAs fortgeführt werden, etwa bei Themen der Stadtentwicklung, der Bauleitplanverfahren und dem ISEK. Sie möchte vermeiden, dass der Eindruck entstehe, für Bürgerwünsche noch Haushaltsmittel zur Verfügung zu haben, denn dies sei nicht der Fall. Es handle sich dabei um freiwillige Leistungen und Aufgaben, die bedauerlicherweise gestrichen werden müssten.

Stadträtin Leininger schlägt vor, diese Einsparoption zurückzustellen und zunächst mit den BZAs zu kommunizieren, was geplant sei und warum dieser Vorschlag gemacht werde. In der aktuellen Reihenfolge könne die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen; zuerst müsse eine Information und Erklärung an die Gremien erfolgen.

Stadtrat Bannert fordert, die BZAs unbedingt einzubeziehen, bevor über die Einsparoption entschieden werde und schließt sich damit der Meinung seitens Stadträtin Leininger an. Die Verwaltung solle sich Gedanken machen, da die BZAs Anträge gemeinsam erstellen. Es werde kritisiert, dass schriftliche Anfragen der BZAs dann nicht mehr beantwortet werden würden, obwohl Bürger diese Fragen stellen würden. Wenn künftig keine Informationen mehr gegeben würden, sei dies nicht akzeptabel.

Oberbürgermeister Dr. Kern sagt zu, dass die Einsparoption E89 nochmal mit in die Verwaltung genommen und entsprechend aufbereitet werde, damit er in das politische Arbeiten der Stadt passe.

Frau Wittmann-Brand stellt an Stadtrat Bannert gerichtet klar, dass Anfragen aus den Bezirksausschüssen weiterhin gestellt werden könnten. Bisher hätten diese Anfragen jedoch oft Finanzmittel ausgelöst, die nun nicht mehr vorhanden seien. Die Botschaft solle sein, dass fachliche Antworten selbstverständlich gegeben würden, aber Bürgerwünsche die mit Kosten verbunden sind, wie in den vergangenen Jahren nicht mehr erfüllt werden könnten, da kein Budget mehr zur Verfügung stehe.

Stadtrat Over erklärt, dass manche Vorsitzende der BZAs Schwierigkeiten hätten, nicht auf jede Bürgeranfrage einzugehen, was zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung verursache. Die Möglichkeit für Bürger, über die BZAs mit Verwaltung und Politik zu sprechen, müsse erhalten bleiben. Ein genereller Stopp von Anfragen und Anträgen würde dazu führen, dass nur noch Themen wie Verkehrsschilder oder Polizeianliegen behandelt würden, was nicht akzeptabel sei.

Stadtrat Stachel hat den Eindruck, dass bei der Einsparoption E89 Missverständnisse entstanden seien. Es gehe nicht um die generelle Nichtbearbeitung von Anträgen und Anfragen der BZAs, sondern nur um Themen des Gartenamts, bei denen konkrete Forderungen oder Anregungen wie Mähen oder Bepflanzungen gestellt würden. Die Diskussion gehe daher teilweise am eigentlichen Inhalt vorbei. Zudem erwähnt er, dass es kürzlich einen BZA-Workshop gegeben habe, bei dem das Thema möglicherweise bereits zur Zufriedenheit der BZAs geklärt worden sei.

Abstimmung über die Einsparoption E89 - Aussetzung der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen:

Die Einsparoption E89 wird zurückgestellt, mit der Maßgabe, dass diese erst mit den Bezirksausschüssen und dem Jugendparlament kommuniziert und erklärt wird.

Einsparoption E90 - Verzicht auf Christbäume

Stadtrat Wöhrl führt aus, dass man hierbei für dieses Jahr noch eine Lösung gefunden habe. In Zukunft werden sich in den Ortsteilen vielleicht noch entsprechende Eigeninitiativen herausstellen.

Herr Klein weist darauf hin, dass es bei der Einsparoption E90 um das reine Aufstellen der Christbäume durch das Gartenamt gehe. Von Stadtrat Wöhrl sei vielmehr das Thema Weihnachtsbeleuchtung beziehungsweise Christbaumbeleuchtung angesprochen worden, das auch in den Bezirksausschüssen thematisiert worden sei. Herr Klein berichtet, dass man zusammen mit den Stadtwerken Ingolstadt eine entsprechende Lösung gefunden habe, sodass die Weihnachtsbeleuchtung beziehungsweise Christbaumbeleuchtung in den Ortsteilen ähnlich zum letzten Jahr umgesetzt werden könne. Angesichts dessen könne man sich im nächsten Jahr frühzeitig mit den Beteiligten für die Zukunft eine kostengünstigere Lösung überlegen. In diesem Jahr achte man darauf, die Weihnachtsbeleuchtung gut und trotzdem etwas kostengünstiger umzusetzen.

Stadtrat Dr. Meyer weist darauf hin, dass kein anderes Thema in seinem Umfeld für mehr Kopfschütteln gesorgt habe wie der vorgeschlagene Verzicht auf Christbäume an öffentlichen Plätzen. Er ist der Meinung, dass man eine neue Ära an privatem, bürgerschaftlichem und unternehmerischem Engagement in Ingolstadt benötige. Dies gelte auch für die vorliegende Thematik mit den Christbäumen. Stadtrat Dr. Meyer weist darauf hin, dass es zwischen Gerolfing und Friedrichshofen eine Gartenbaufirma gebe, die sich dazu bereit erklären würde, sich beim Thema Christbäume zu engagieren und entstehende Lücken zu schließen. Deshalb bittet er das Gartenamt darum, hier aktiv die Zusammenarbeit mit dieser Gartenbaufirma zu suchen. Eine solche Kooperation könnte ein gutes Beispiel dafür werden, wie die Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Privatleuten und Verwaltung künftig funktionieren könnte.

Stadtrat Rehm betont, dass für die AfD-Stadtratsfraktion Christbäume ausdrücklich zum Stadtbild gehören. So lange man in Ingolstadt noch Weihnachten feiere, habe die Stadt auch eine gewisse Verantwortung, auf den öffentlichen Plätzen Christbäume aufzustellen und entsprechend zu dekorieren. Deshalb kann die AfD-Stadtratsfraktion der vorliegenden Einsparoption E90 nicht zustimmen, erklärt Stadtrat Rehm.

Oberbürgermeister Dr. Kern hat vernommen, dass bei diesem hoch sensiblen Thema eine Lösung gefunden worden sei. Insofern möchte er wissen, ob dadurch die Einsparoption E90 obsolet geworden sei.

Herr Klein entgegnet, dass die Einsparoption E90 zumindest was den Punkt Weihnachtsbeleuchtung beziehungsweise Christbaumbeleuchtung angeht, obsolet geworden sei. Hierbei werden die Stadtwerke Ingolstadt von der Stadtverwaltung beauftragt, sich um die Christbaumbeleuchtungen zu kümmern. Im nächsten Jahr werde man für alle über 20 Standorte Einzelfalllösungen finden müssen. Für dieses Jahr habe man hierbei eine gute Lösung finden können, erklärt Herr Klein.

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine weiteren Anmerkungen, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E91 - Gebührenerhöhung

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Einsparoption E92 - Einschränkung von Dekorationen

Zu dieser Einsparoption gab es von Seiten der Stadtratsmitglieder keine Anmerkung, insofern gilt diese als beschlossen.

Oberbürgermeister Dr. Kern führt aus, dass man beim Sparen sämtliche Steine umdrehen müsse. In der heutigen Debatte habe man gesehen, dass sich der Stadtrat Mühe gebe, sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürgern umzugehen. Dabei habe man auch darauf geachtet, was die Stadt Ingolstadt leisten könne beziehungsweise müsse.

Stadträtin Peters erwähnt, dass sie schon mehrfach versucht habe, weitere Sparpotenziale aufzuzeigen. Deshalb habe sie vor längerer Zeit bereits angemerkt, dass man als Stadt Ingolstadt auch laufende Verträge nachverhandeln könnte. Dabei könnte man auch mit den Vermietern von an die Stadt Ingolstadt vermieteten Immobilien über einen besseren Mietpreis verhandeln. Zudem könnte man ein Schreiben aufsetzen, in dem man die entsprechenden Partner darum bitte, in einer solchen Zeit zusammenzuhalten. Stadträtin Peters betont, dass es immer ein Geben und Nehmen sei. Deshalb ist sie der Meinung, dass man dieses Thema durchaus noch einmal anpacken könnte. Zumal man damit eine größere Einsparsumme generieren könnte, als die vorliegende Summe und dies mit keinem Imageverlust verbunden sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern spricht an, dass die Kämmerei in der Lage sei, größere Verträge zu identifizieren. So könnte man sich die entsprechenden Vertragspartner auch herausfischen.

Wenn Mittel über Aufträge gebunden seien, habe man die Möglichkeit diese der Größe nach auszuwerten, erklärt Frau Wendl. In der Regel gehe es hier auch um wiederkehrende Zahlungen. Insofern könnte man sich anhand dieser Zahlungen die größten Verträge ansehen und sie an die jeweilig zuständigen Ämter mit der Bitte um Prüfung verteilen.

Stadträtin Peters weist darauf hin, dass man auch laufende Mietverträge nachverhandeln könnte.

Frau Wendl sichert zu, dass man die Anmerkungen von Stadträtin Peters aus der heutigen Stadtratssitzung mitnehme.

Zum Thema Vertragsnachverhandlung führt Bürgermeisterin Kleine aus, dass man beim Umweltamt mit der Pflege der Ausgleichsflächen eine Pflichtaufgabe zu erfüllen habe. Angesichts der angespannten Haushaltsslage habe man deshalb an die mit der Pflege beauftragten Landwirtinnen und Landwirte den Appell gerichtet, ob sie für die Pflege der

Ausgleichsflächen in diesem Jahr keine Rechnung stellen würden. Tatsächlich seien diesem Appell ein großer Teil der Landwirtinnen und Landwirte gefolgt und haben zugunsten Stadt Ingolstadt auf eine Rechnungsstellung verzichtet. Somit habe sich die Stadt Ingolstadt bei der Pflege der Ausgleichsflächen ein paar tausend Euro einsparen können. An dieser Stelle möchte Bürgermeisterin Kleine deshalb ihren Dank an die örtliche Landwirtschaft aussprechen, da die Annahme dieser Aufträge für die Betriebe eigentlich einen wirtschaftlichen Zuverdienst darstelle.

Stadtrat Witty bemängelt, man habe stundenlang über diesen TOP diskutiert und eine knappe Mio. Euro doch nicht eingespart. Er bittet darum die übrigen nicht behandelten Punkte schnellstmöglich zu bearbeiten und für die nächste Stadtratssitzung einen Vertreter der Regierung von Oberbayern einzuladen, um die Strategie zu besprechen.

Stadtrat Dr. Meyer fragt zu den Auswirkungen der neuen Verkündung des Bayerischen Ministerpräsidenten nach, indem die Zahlungen an die Kommunen über das FAG um 4,7 Milliarden aufgestockt werden.

Frau Wendl gibt bekannt, bereits vom Landtagsabgeordneten die Änderungsinformation erhalten zu haben. Aus den Rundschreiben bestehe jedoch aktuell noch nicht die Möglichkeit, die Folgen für Ingolstadt abzuleiten. Ein Rundschreiben mit dem Verteilungsschlüssel sei angekündigt aus dem man herauslesen könne, dass die Bezirke 480 Mio. Euro bekommen würden und damit die Steigerung der Bezirksumlage abgemildert werden solle. Diese habe man eingepreist mit rund 4 – 5 Mio. Euro aktuell. Ebenfalls könne man rauslesen, dass aus der Infrastruktur Sondervermögen in Höhe von 3,9 Milliarden Euro in dem nächsten Jahr an die bayerischen Kommunen verteilt werden. Sobald genauere Informationen bekannt seien, werden diese durchgerechnet und dem Stadtrat weitergegeben.

Stadtrat Schäuble regt an für die Zukunft in einem anderen Format über Sparvorschläge zu diskutieren, um stringenter voranzukommen.

Oberbürgermeister Dr. Kern merkt an, dass die Sparmaßnahmen sowohl bei den kleinen Beträgen als auch bei den großen Beträgen wichtig seien und jeder Punkt einzeln diskutiert werden könne.

Stadtrat Wittmann stimmt Stadtrat Schäuble zu und erachtet es ebenfalls als notwendig eine andere Struktur für die Diskussionen zu finden. Er ist der Ansicht, es sei zu früh die Regierung von Oberbayern zu den Sitzungen hinzuzuziehen und man müssen überlegen wie viel man einsparen müsse. Wenn man bei den Investitionen spare, betreffe dies nicht den Verwaltungshaushalt und könne somit nicht die 80 – 100 Mio. Euro nachhaltig einsparen. Wenn das Einsparziel nicht erreicht werden könne, bestehe die Gefahr, von der Regierung keine Kredite genehmigt zu bekommen, um den Investitionen nachgehen zu können. Zu den Krediten müssten Zins und Tilgung zusätzlich eingespart werden, die aktuell noch nicht in den Sparzielen berechnet seien. Er bewundert die Hartnäckigkeit der Stadträte zu der heutigen Diskussion über die kleinen Sparmaßnahmen und befürchtet so das Ziel nicht erreichen zu werden. Er gibt zu bedenken, dass es in den Jahren 2006 – 2020 eine Steigerung der Personalkosten um 73 Mio. Euro gab, in den Jahren 2020 – 2026 eine Steigerung von 84 Mio. Euro gab und für das nächste Jahr nur aufgrund der hohen Personalkosten eine Belastung von 8 – 10 Mio. Euro ausgegangen werde. Man müsse somit jedes Jahr die Grundsteuer erhöhen, um sich das Personal noch leisten zu können.

Stadtrat Dr. Lösel stimmt Stadtrat Schäuble zu und ist der Meinung in dieser Größenordnung nicht weitermachen zu können. Er hält fest, dass die Inflation und die Tarifsteigerungen schneller steigen würden als die Beträge, die man einspart. Er bittet darum, häufiger Einsparpakete vorzunehmen mit einem größeren Einspareffekt. Er hinterfragt die Bitte, einen Vertreter der Regierung einzuladen, um Einsparungen für unsere Stadt bzw. unsere Bürger festzulegen, hierfür sei der Stadtrat da.

Stadtrat Wöhrl stellt fest, dass in 5 Stunden lediglich 5 Mio. Euro eingespart wurden. Es sei eine mühsame Herausforderung für die Verwaltung jeden Betrag zu hinterfragen und ein Sparkonzept zu entwickeln. Er stellt in Frage, ob der Stadtrat nicht jeden einzelnen Punkt kritisiert hätte wenn die Verwaltung selbst über die Sparpunkte entschieden hätte. Es sei legitim jeden einzelnen Punkt zu besprechen, dies seien die Kosten der Demokratie.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt klar, es müssen weitere spürbare Sparschritte folgen, die über die heutige Diskussion deutlich hinausgehen. Man könne die Sparmaßnahmen nicht einem Sparkommissar aus München überlassen, hier sei die gemeinsame Entschlossenheit und die Solidarität des Stadtrates gefragt.